

Sorten sind die roten Bataten. ⁴⁾ Bei Bataten, Kartoffeln und beim Eibisch wurde der Wassergehalt, wie angeführt, angenommen. Diese Proben waren in Alkohol gelegt aus West-Indien angekommen. ⁵⁾ Die Proben wogen 70–75 g pro Stück, die Kerne ungefähr 12 g. Die Asche in den harten Schalen betrug 0,53 %. ⁶⁾ Eine Analyse von Paramarkoesa gab 73,69 % Wasser, 2,95 % Eiweiß, 4,85 % Fett, 4,95 % Stärke, 6,44 % Rohfaser, 1,77 % Asche. ⁷⁾ Mittleres Gewicht der Früchte 165 g, davon ungefähr 25 % Kerne. ⁸⁾ Gewicht der Frucht 980 g. ⁹⁾ Diese Früchte zeigen allmähliche Abnahme des Zuckergehaltes beim Lagern. ¹⁰⁾ Die Frucht wog 525 g. Die gleichen Früchte zeigten in der vorhergehenden Serie mehr Eiweiß und weniger Zucker. ¹¹⁾ Die Analyse bezieht sich auf das Fruchtfleisch. Eine andere Probe gab 58,0 % Wasser, 1,1 % Eiweiß, 27,6 % Fett, 11,6 % Kohlenhydrate + Rohfaser, 1,7 % Asche. ¹²⁾ Die Frucht wiegt ungefähr 45 g. ¹³⁾ Roter Eibisch ist die fleischige Blüte von Hibiscus Saldariffa Per. Als Gemüse wird sie nicht mit Essigsäure, sondern mit Weinsäure gesäuert. ¹⁴⁾ Wenig zart von Geschmack. ¹⁵⁾ Bei Anwesenheit von viel Zucker fielen die Kohlenhydratbestimmungen stets zu niedrig aus. ¹⁶⁾ Große Sorte. Gewicht 13,5 g. ¹⁷⁾ Diese Frucht wog 870 g, davon betrug die Schale 79,4 %. Sie hat einen höheren Rohfasergehalt als die oben angeführte Citrone. ¹⁸⁾ St. Eustatius-Honig. Er stammt von wilden Bienen aus Antigua. Er hat 0,07 % Milchsäure. 1 Teil Honig + 2 Teile Wasser haben ein spezif. Gewicht von 1,116.

A. Behre.

Patente.

Dr. Georg Friedrich Meyer in Braunschweig: Verfahren zur Herstellung von Trockenpräparaten aus tierischen und pflanzlichen Säften für Nahrungs-, Erfrischungs- und Arzneimittelszwecke. D.R.P. 154732 vom 2. Dezember 1902. (Patentbl. 1904, 25, 1761.) — Die Säfte werden mit vom Krystallwasser befreiten Salzen in dem Verhältnis gemischt, daß der Wassergehalt des betreffenden tierischen oder pflanzlichen Saftes annähernd der Wassermenge entspricht, welche das Salz in Form von Krystallwasser aufzunehmen vermag. Die erhaltenen Trockenpräparate werden in der Kälte durch Lagern im luftverdrängten Raum oder über wasserentziehenden Substanzen wieder vom Krystallwasser befreit und dann mit neuen Mengen organischer Flüssigkeit gemischt.

A. Oelker.

Gesetze, Gesetz-Entwürfe, Verordnungen u. s. w., Gerichts-Entscheidungen.

Fleisch und Fleischwaren.

Deutsches Reich. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts I Berlin vom 2. Oktober 1903 und des Reichsgerichts vom 12. Februar 1904 wider den Schlächtermeister E. in B. betr. Pökelfleisch. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 504*.) — 1. Im Mai 1903 hat E. seinen vermutlich an der Staupe erkrankten Hund in einem Bottich gebadet, in welchem er das Wurstfleisch zu mischen pflegte. In das Badewasser war ein Heilmittel, wahrscheinlich Lysol, gegossen worden, nach welchem der Bottich trotz Ausbrühens und Nachspülens mit kaltem Wasser noch mehrere Tage roch. Der Bottich wurde später wieder zum Mischen des Wurstfleisches benutzt. — 2. Kurz vor Pfingsten 1903 wurde bei E. eine tote Ratte in einem offenen Fasse mit Pökelfleisch gefunden. Wie lange sie dort schon gelegen hatte, wurde nicht ermittelt. Die Ratte wurde sofort entfernt, die Lake nach etwa 8 Tagen durch neue ersetzt, weil sie stark roch, und das Pökelfleisch später verkauft. — Der Sachverständige Dr. M. hielt in keinem Falle die Handlungsweise E.'s geeignet, die menschliche Gesundheit zu schädigen; die Staupe sei auf die geschilderte Weise nicht auf Menschen übertragbar, und für das Riechen der Lake sei nicht notwendigerweise die Ratte die Ursache gewesen. Im Sommer zersetze sich die Lake leicht und müsse öfter erneuert werden; auch wäre die Ratte, wenn die Lake noch frisch gewesen sei, mitgepökelt worden, sodaß durch die Ratte das Fleisch weder gesundheitsschädlich geworden noch auch verdorben worden sei. Wohl aber sei eine derartige Behandlung von Nahrungsmitteln geeignet, Ekel und Erbrechen bei empfindlichen Personen hervorzurufen, wenn sie von der widrigen Herstellungsart Kenntnis haben oder erhalten. — Das Gericht trat dem Gutachten des Sachverständigen bei. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts (Entsch. Bd. 6 S. 258, Bd. 18 S. 138) ist die Gesundheitsschädlichkeit des Fleisches eine objektive Eigenschaft. Der Widerwillen oder der Ekel, den Personen empfinden, welche eine widerliche Art der Zubereitung der Nahrungsmittel nachträglich erfahren haben, ist eine subjektive Erscheinung. Sie ist nicht begründet in einer gesundheitsschädlichen oder verdorbenen Beschaffenheit des Fleisches. Eine solche war aber weder bei der Wurst noch bei dem Pökelfleisch festzustellen. E. wurde daher freigesprochen.

Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hat das Reichsgericht, Zweiter Strafsenat, am 12. Februar 1904 verworfen.

Gründe. Als verdorben kann ein Nahrungsmittel unter Umständen bei einer sehr geringen Verunreinigung angesehen werden, wenn eine solche nach der ihm bei dem Publikum zugestandenen Schätzung es zum Genusse untauglich machen würde, insbesondere weil es, wenn die wahre Beschaffenheit bekannt wäre, Ekel erregen würde. Immer jedoch kann das Nahrungsmittel nur um seiner Beschaffenheit, um einer objektiven Eigenschaft willen als verdorben bezeichnet werden. Nach Feststellung der Vorinstanz ist in den beiden für die Anklage in Betracht kommenden Fällen eine Veränderung in der Beschaffenheit des Nahrungsmittels nicht eingetreten. Ein Gefühl des Ekels würde in den Verbrauchern oder anderen Personen, die von den in Rede stehenden Vorgängen Kenntnis erhielten, nicht durch die gegenwärtige Beschaffenheit des Fleisches, sondern durch den Gedanken an diese Vorgänge hervorgerufen sein, welche in der Beschaffenheit des Fleisches eine Änderung nicht bewirkt haben. (Vgl. Entsch. des Reichsger. in Strafs. Bd. 23 S. 409, 412, S. 407.) — Das Rechtsmittel war . . . zu verwerfen.

K. v. Buchka.

Deutsches Reich. Rechtsprechung. Urteil der Strafkammer beim Amtsgericht Wollstein vom 14. Dezember 1903 und des Reichsgerichts vom 10. Juni 1904 wider den Fleischermeister D. zu A. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Gesundh.-Amt. 1905, 6, 505*.) — Wie die Zeugen F. und S. bekundeten, hat D. sowohl im Jahre 1897 oder 1898, als F. bei ihm arbeitete, als auch 1900 oder 1901, als S. bei ihm beschäftigt war, regelmäßig die Afterenden des Mastdarms mit dem After in den Kessel, in welchem das zur Wurstbereitung bestimmte Fleisch gekocht wurde, hineingetan. Ebenso hat D. das Wasser, in welchem die zum Wurstmachen neben den frischen Därmen noch benötigten konservierten Rindsdärme, sogen. „Packdärme“, gespült waren, in den Wurstkessel gegossen. Endlich hat er auch das Fett, welches von den zuerst gekochten Leberwürsten vom Brett, auf dem sie lagen, zur Erde gelaufen war und sich dort mit Kohlenstaub von der in der Nähe befindlichen Feuerung und anderem Schmutz vermischt hatte, mit den Händen vom Erdboden aufgerafft und in denselben Wurstkessel getan. Das zunächst in dem Wurstkessel befindliche Fleisch wurde nach dem Abkochen auf dem Block gewiegt. Bei dieser größtenteils von den beiden Zeugen verrichteten Arbeit haben die letzteren zwar die bemerkten Afterenden des Mastdarms entfernt und in die Spülrinne geworfen, dies ist aber nicht immer und an manchen Tagen nicht mit allen Stücken möglich gewesen, da D., als die Zeugen im Anfange ihrer Tätigkeit die Darmenden wegwarfen, ihnen dies verboten hatte. Von diesem Wurstfleisch wurde für gewöhnlich Leberwurst gemacht. Das aufgesammelte Fett und das Spülwasser von den Packdärmen ist zwar erst in den Kessel gekommen, nachdem die Leberwurst schon fertig gemacht war, doch hat D. von diesem Kesselwasser das oben schwimmende Fett mit Wassermengen abgenommen und zum Brühen der Semmel verwandt, welche demnächst zur Semmelwurst verarbeitet wurde. Auf diese Weise sind auch die mit dem Fett vermischten Schmutzteile, welche sich auch bei dem Kochen nicht ganz von dem Fett getrennt haben, und die scharfen von der Lauge der Packdärme herrührenden Bestandteile, welche der ganzen im Kessel vorhandenen Flüssigkeit sich mitgeteilt hatten, in die Semmelwurst gelangt. Nach den Aussagen der beiden Zeugen und des Fe. ist ferner die Wurst, welche F. von D. zum Frühstück oder Abendbrot erhalten und mit nach Hause genommen hat, so übelriechend gewesen, daß die Angehörigen F.'s dieselbe nicht essen konnten, und als F. ihnen noch von der Zubereitung dieser Wurst Mitteilung machte, wurde seiner Mutter und seiner Schwester beim Anblick der Wurst übel. F. und S. haben vor Ekel diese Wurst ebenfalls nicht gegessen. — Das Gericht hat in diesem Sachverhalt die Tatbestandsmerkmale des § 12¹ N.-M.-G. zwar objektiv, nicht aber nach der subjektiven Seite festzustellen vermocht. Die Verwendung der After zur Wurst und ebenso der Lauge von den Packdärmen widerspricht zwar allen Regeln des Fleischerhandwerks, diese Bestandteile sind aber nach dem Gutachten des Sachverständigen, dem das Gericht gefolgt ist, an sich nicht geeignet, im Falle des Genusses solcher Wurst die menschliche Gesundheit zu schädigen. Der Umstand, daß die von D. gefertigte Wurst bei denjenigen, welche nach ihrem Genusse von der Zubereitung Kenntnis erhielten, Ekel und Übelkeit hervorgerufen hat, und daß sie allgemein im Falle nachträglicher Kenntnis Ekel hervorzurufen geeignet war, reicht nicht aus, um der Wurst selbst die Eigenschaft der Gesundheitsschädlichkeit zu verleihen. (Entsch. des Reichsger. Bd. 18 S. 138.) Dagegen waren die in der Semmelwurst enthaltenen, mit dem aufgesammelten Fett in dieselbe hineingekommenen Schmutzteile nach dem Gutachten des Sachverständigen geeignet, die menschliche Gesundheit zu beschädigen. Bei dem Bildungsgrade D.'s hat das Gericht jedoch nicht für erwiesen erachtet, daß er den mit dem Fett aufgenommenen Schmutzteilen eine gesundheitsschädliche Wirkung beigemessen oder auch nur eine solche Wirkung für möglich gehalten hat. D. konnte deshalb nicht eines Vergehens gegen § 12¹ N.-M.-G. für schuldig befunden werden. — In dem bei der Zubereitung jener Wurst von D. angewandten Verfahren liegt jedoch eine Verfälschung derselben zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr. Zu der normalen Beschaffenheit der Wurst gehört es insbesondere, daß nicht ekelergende Bestandteile in derselben enthalten sind. Durch die Verwendung solcher Bestandteile ist die

Wurst verschlechtert, wobei der Umstand, ob das Publikum von jener anormalen Beschaffenheit etwas merkt oder nicht, außer Betracht bleibt. Im übrigen ist nach dem Gutachten des Sachverständigen, dem das Gericht auch hierin gefolgt ist, die Semmelwurst, zu welcher das verunreinigte Fett verwandt worden ist, auch ohne Rücksicht auf das durch die Kenntnis hervorgerufene Gefühl des Ekels ein verschlechtertes, minderwertiges Nahrungsmittel. D. hat also durch jene Handlungsweise die Wurst verfälscht. Daß er hierbei wissentlich zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr gehandelt hat, unterlag nach dem Beweisergebnis keinem Zweifel. D. wurde deshalb nach § 10¹ N.-M.-G. zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die von D. gegen dieses Urteil eingelegte Revision hat das Reichsgericht, Vierter Strafsenat, am 10. Juni 1904 verworfen aus folgenden Gründen:

Der Tatbestand des § 10¹ N.-M.-G. ist frei von Rechtsirrtum gegen D. festgestellt. Zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr ist ein Nahrungsmittel dann verfälscht, wenn die Verfälschung bewußtermaßen dazu dient, das die Ware aus der Hand des Verfertigers — sei es unmittelbar oder mittelbar — erwerbende Publikum über die Beschaffenheit derselben zu täuschen. Ob dieser Zweck vorhanden, und aus welchen Umständen er zu entnehmen ist, fällt in das Gebiet der tatsächlichen Feststellung. Im vorliegenden Fall hat das erkennende Gericht festgestellt, daß die Fabrikation der verfälschten Wurst zum Zweck der Täuschung im Handel und Verkehr erfolgt sei, und diese Feststellung, deren tatsächlicher Inhalt einer Anfechtung im Wege der Revision nicht unterzogen werden kann, läßt nicht erkennen, daß ihr ein Rechtsirrtum zugrunde liege. Was von der Revision dagegen angeführt wird, bewegt sich auf rein tatsächlichem Gebiet und ist daher nach § 376 St.-P.-O. nicht beachtlich.

Demgemäß war die Revision zu verwerfen.

K. v. Buchka.

Preußen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Allenstein vom 15. Januar 1903 wider den Fleischermeister H. zu A. betr. verdorbenes Fleisch. (Veröffentl. d. Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 503*.) — Am 27. September 1902 fand Polizeisergeant W. bei einer auf die Anzeige des Fleischergehilfen N. hin unternommenen Durchsuchung der H.'schen Geschäftsräume in 2 Kellerräumen desselben eine größere und eine kleinere Tonne sowie eine Schüssel mit offenbar hochgradig verdorbenen Stücken eingesalzenen Fleisches vor, das er beschlagnahmte. Tags darauf wurde dieses gesamte Fleisch auf Anordnung des Oberkommissars M. in ein gemeinsames Gefäß geschüttet und zusammen mit einer aus dem Verkaufsladen H.'s entnommenen Knoblauchs- und Fleischwurst von etwa 600 g Gewicht nach dem städtischen Fleischschauamt geschafft. Ein Unterschied in der Beschaffenheit des in den 3 ursprünglichen Gefäßen befindlichen Fleisches ist den genannten Polizeibeamten nicht aufgefallen, das Fleisch erschien vielmehr gleichmäßig verdorben, hatte überall dasselbe ungesunde und widerliche Aussehen und denselben hochgradigen Fäulnisgeruch. Am 2. Oktober 1902 wurde das Fleisch durch den Kreisarzt Medizinalrat Dr. E. untersucht. Dieser stellte fest, daß es einen durchdringenden Fäulnisgeruch ausströmte und mit Würmern durchsetzt, demnach völlig verdorben und gesundheitsschädlich war. Auch die gleichzeitig von ihm untersuchte fertige Knoblauchs- und Fleischwurst verbreitete einen wenn auch nicht ganz so starken, so doch deutlich wahrnehmbaren Fäulnisgeruch und war gleichfalls als verdorben und gesundheitsschädlich anzusehen. H. behauptete, daß nur das Fleisch aus der kleineren Tonne verdorben, das Fleisch aus den übrigen beiden Gefäßen dagegen gut gewesen sei; er habe auch angeordnet gehabt, daß das verdorbene Fleisch aus der kleinen Tonne weggeschafft und beseitigt werden und nur das Fleisch aus den übrigen Gefäßen zur Wurstfabrikation verwendet werden solle; die Wegschaffung des verdorbenen Fleisches sei lediglich aus Nachlässigkeit seiner Gesellen unterblieben.

Zwar ist es richtig, daß letzteres von den Gesellen H.'s aus Nachlässigkeit nicht getan ist, doch ist durch die Beweisaufnahme auch erwiesen, daß keineswegs nur das Fleisch aus dem kleineren Fasse, sondern ebenso das in den übrigen Gefäßen völlig verdorben war. Es ist ferner als festgestellt anzusehen, daß die Gesellen H.'s während des Sommers 1902 in zahlreichen Fällen mit Wissen und Willen H.'s dieses verdorbene und gesundheitsschädliche Fleisch zur Wurstfabrikation verwendet haben. Fortgesetzt wurden allerhand Fleischabfälle, die anderwärts keine Verwendung gefunden hatten, in eingesalzenem Zustande in die vorstehend erwähnte „größere Tonne“ — die „kleinere Tonne“ ist während dieser Zeit anscheinend völlig unberührt geblieben — oder in eine auf derselben lagernden Mulde getan und hier bis auf weiteres aufbewahrt. Wenn Wurst angefertigt werden sollte, so wurde dazu von dem in der größeren Tonne oder in der Mulde befindlichen Fleische genommen, meistens in der Weise, daß nur ein Teil von diesem Fleische zu anderem, besserem Fleisch hinzugenommen wurde, mitunter anscheinend jedoch auch derart, daß ausschließlich jenes Fleisch verwendet wurde. Es wurde alsdann — was insbesondere das Fleisch in der großen Tonne betrifft — immer nur von oben Fleisch nach Bedarf herausgenommen; das unten befindliche Fleisch blieb liegen; ganz oder auch nur annähernd leer gemacht wurde die Tonne nie. So mußte das unten lagernde Fleisch, das niemals zur Verwendung gelangte, immer mehr verderben und schließlich völliger Fäulnis anheimfallen, was naturgemäß auf die Beschaffenheit des ständig von oben her dazugelegten anderweiten Fleisches sehr bald den ungünstigsten Einfluß haben

und auch dieses immer wieder zu völligem Verderben führen mußte. So kam es, daß das Fleisch in der Tonne — und ähnlich auch das in der Mulde — ständig einen hochgradigen Fäulnisgeruch verbreitete, daß es statt rot grünlich-blau und „schmierig“ aussah, daß Pilze an demselben sich bildeten und unzählige Würmer an dem Fleisch sich auf- und abbewegten. Dies war dem H. wohl bekannt, und wenn etwa seitens der Gesellen gelegentlich Bedenken hinsichtlich der gar zu üblen und widerlichen Beschaffenheit des Fleisches geäußert wurden, hat H. angeordnet: „Die Gesellen sollten das Fleisch abwaschen, dann gingen die Würmer aus demselben hinaus, Farbe dazu gießen, dann werde das Aussehen besser und der Geruch verziehe sich, und sodann tüchtig Knoblauch hinzunehmen.“

Die auf diese Weise hergestellte Wurst hat H. alsdann in seinem Verkaufslokal als Nahrungsmittel für das kaufende Publikum feilgehalten. Daß der Genuß dieser Wurst die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet gewesen ist, folgt aus den obigen Anführungen von selbst und ist auch aus dem Gutachten des Medizinalrats Dr. E. zu entnehmen. Nicht nur, daß hiernach die Wurst vielfach nach Aussehen, Geruch und Geschmack ekel-erregend für die Konsumenten sein mußte, dieselbe ist auch gesundheitsschädlich gewesen, da Vergiftungserscheinungen, Magenkrankheiten sehr wohl die Folge ihres Genusses sein konnten. Daß H. als Sachverständiger auch gewußt hat, daß der Genuß von aus solchem Fleische hergestellter Wurst die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet war, unterlag keinem Zweifel. H. wurde deshalb wegen Vergehens gegen § 12¹ N.M.G. zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, auch wurde nach § 16 l. c. die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung angeordnet.

K. v. Buchka.

Preußen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts II Berlin vom 28. Mai 1902 wider den Schlächtergesellen K. in R. und den Schlächtergesellen G. in B. betr. verdorbenen Schinken. (Veröffentl. d. Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 504*.) — Am 8. November 1901 fand in den Geschäftsräumen des K. eine polizeiliche Besichtigung statt. Im Keller hing ein etwa 4 kg schwerer gekochter Schinken, der zwar seinem Aussehen nach noch von guter Beschaffenheit zu sein schien, in Wirklichkeit aber schon verdorben war und einen üblen Geruch verbreitete. Der hinzugezogene Tierarzt Gr. erklärte den Schinken als zum Genuß von Menschen ungeeignet. Der Tierarzt fand ferner im Keller Pökelfleisch in schlecht gewordener Lake liegen. Bei der Revision gab der Angeklagte G. an, daß er von dem Schinken sogen. Thüringer Würste hergestellt hätte, von denen noch eine Anzahl im K.'schen Laden zum Verkauf bereit gehalten würde. Der Sachverständige fand auch dort tatsächlich noch 7 „Thüringer Würste“ hängen, welche, wie die Untersuchung ergab, zum Teil verdorbenes Schinkenfleisch enthielten. G. erklärte ferner, daß er auf ausdrückliches Geheiß des K. aus verdorbenem Pökelfleisch habe „Knobländer Würste“ und aus einem Teil des vorgefundenen Schinkens unter Zuhilfenahme unverdorbenen Fleisches „Thüringer Würste“ herstellen müssen. Der Sachverständige Gr. ist der Meinung, daß das zu den Würsten benutzte minderwertige Fleisch zwar verdorben gewesen sei, jedoch nicht derartig, daß durch dessen Genuß die menschliche Gesundheit gefährdet werden könnte. Der Sachverständige, Kreisarzt Dr. D., äußerte sich gutachtlich dahin, daß man im allgemeinen annehmen müßte, verdorbenes Fleisch sei zugleich auch gesundheitsschädlich, jedoch könne er in dieser Hinsicht ein sicheres Urteil nicht abgeben. Dies könne nur von einem Arzt geschehen, der vorher die Würste einer näheren Untersuchung unterzogen hätte. Ihm hätten aber die beanstandeten Würste nicht zur Untersuchung vorgelegen. Das Gericht ist der Überzeugung, daß K. den verdorbenen Schinken zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr in die Würste hatte hinein-arbeiten lassen, denn das Publikum, welches die Würste kaufen würde, konnte durch die Beimengung guten, frischen Fleisches nicht leicht wahrnehmen, daß in den Würsten auch verdorbenes Fleisch enthalten war. Die Abnehmer der Würste sollten vielmehr in den Glauben versetzt werden, daß die Würste nur aus guten Materialien hergestellt und von normaler Beschaffenheit wären. In Wirklichkeit war aber ihre Beschaffenheit nicht so, wie sie das kaufende Publikum voraussetzt. K. und G. hatten durch ihre dem soliden Geschäftsverkehr widersprechende Manipulation die „Thüringer Würste“ durch Zusatz minderwertigen Materials verschlechtert, sie also verfälscht. Nach Ansicht des Gerichtes ist G. als Mittäter anzusehen, da er die Würste, wenn auch auf Geheiß des Mitangeklagten und für diesen, doch ganz allein zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr fabriziert und hierdurch ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz, also auch von ihm selbst gewollt, verübt hat. K. und G. wurden für überführt erachtet, im November 1901 zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungsmittel verfälscht zu haben, Vergehen gegen § 10¹ N.-M.-G., und wurde deshalb K. zu 60, G. zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

K. v. Buchka.

Preußen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts II Berlin vom 6. Januar 1904 wider die Kaufleute K. und H. in S. betr. Zusatz von Pferdefleisch zu Würsten. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 504*.) — K. und H. sind am 18. September 1903 vom Schöffengericht zu Straußberg freigesprochen worden. Gegen dieses Urteil hat die Staats-anwaltschaft Berufung eingelegt.

K. und H. haben in den Jahren 1896 bis 1903 von den Roßschlächtermeistern W. und dessen Nachfolger Wü. in B. ihre Wurstwaren bezogen. Sie behaupteten, nicht gewußt zu haben, daß W. und Wü. Roßschlächter sind, sie hätten nie in persönlicher Geschäftsverbindung gestanden, sondern nur brieflich oder durch Mittelspersonen. Die Mittelspersonen waren die Kutscher des Zeugen Kl., insbesondere Ka. Das Gericht kam jedoch zu der Überzeugung, daß K. und H. die wahre Beschaffenheit der Ware nicht nur erkennen mußten, sondern auch tatsächlich erkannt haben. Sie sind die Geschäftsverbindung auf Empfehlung Ka.'s eingegangen, welcher auf dem Schilde über dem Keller W.'s statt der Aufschrift „Roßwurstverkauf“ nur „Wurstfabrik“ gelesen, im Laden selbst erst Schweinehälften mit Köpfen, dann auf Vorhalt nur Speckseiten gesehen haben will. Das Gericht schenkte daher der Behauptung Ka.'s, daß er, der mit dem Roßschlächter F. verkehrte, von der wahren Beschaffenheit des W.'schen Geschäftes keine Ahnung gehabt habe, keinen Glauben. Ka. hat auch gewiß K. und H. hierüber aufgeklärt. Schon angesichts ihrer siebenjährigen Geschäftsverbindung ist die behauptete Unkenntnis über die Art des W.'schen Geschäfts ganz unwahrscheinlich. Nach Ansicht des Sachverständigen Hü. ist dies ganz unmöglich. Bezüglich der Mettwurst gab der Sachverständige zu, daß solche zum Preise von 0,50 M. aus noch einigermaßen brauchbarem Rind- und Schweinefleisch hergestellt werden könne. Dagegen bestritt er aufs entschiedenste, daß Schlack- und Salamiwurst aus Rind- und Schweinefleisch zu einem so geringen Preise wie 0,60 M. und 0,70 M. hergestellt werden könne. Eine derartige Wurst müsse entweder gestohlene oder aus Pferdefleisch hergestellte Ware sein. Letztere wäre aber auch leicht, zumal von Geschäftsleuten, als solche zu erkennen. Reelle Schlack- bzw. Salamiwurst sei nicht unter dem Preise von 1 M. herzustellen. Dies hätten sich die Angeklagten als Geschäftsleute sagen können. Wenn nun auch die beiden anderen Sachverständigen, zumal E., der jedoch mehr die Preise von in großen Mengen verkauften Wurstwaren kennt, mehr zugunsten K.'s und H.'s aussagten, so mußte doch Kle. wenigstens zugeben, daß der billigste Preis, zu dem er die Schlackwurst verkauft habe, 0,85 M. und 0,90 M. betragen habe, und daß der Verkauf zu solchem Preise auch nur ausnahmsweise geschehen sei, wenn er gerade einmal große Vorräte von Wurst gehabt hätte. Das Gericht schloß sich der Ansicht Hü.'s an. Die Angeklagten mußten sich schon aus dem Preise sagen, daß die Wurst von gutem Aussehen Pferdewurst war. Aber auch aus der ganzen Art der Geschäftsverbindung geht hervor, daß sie dies wußten. Sie sind in den 7 Jahren niemals zu W. oder Wü. gegangen, haben sich niemals über deren Geschäftsbetrieb erkundigt, selbst nicht, als Frau Wü. sie einmal besuchte. Hierzu mußten die Rechnungen mit der bloßen Unterschrift sie veranlassen, wenn sie nicht bereits wußten, daß die gelieferte Wurst aus Pferdefleisch hergestellt war. W. und Wü. haben in den Rechnungen ihre Wurst als Mett-, Schlack- und Salamiwürste bezeichnet, also als Würste, welche im realen Handel nur aus Rind- und Schweinefleisch hergestellt werden, und die Angeklagten haben in Kenntnis und unter Verschweigung der wahren Beschaffenheit der Wurst diese weiter verkauft. Sie wurden daher wegen Vergehens gegen § 10² N.-M.-G. zu je 50 M. Geldstrafe verurteilt.

K. v. Buchka.

Preußen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Posen vom 4. Dezember 1901 wider den Fleischer K. und den Schmied W., beide zu L. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Gesundheits-Amt. 1905, 6, 505*.) — Im Juni 1901 ließ sich K. einmal von W. bei der Herstellung von Wurst helfen. Diese verkaufte er in seinem Laden. W. erzählte nun dem Konkurrenten K.'s, dem Fleischer Z. in L., daß K. bei der Wurstbereitung die Köpfe von verendeten Kälbern verwandt, daß er diese sowie einen Schweinskopf mit den Augen ebenso wie ungereinigte Rindskaldaunen in einem Kessel abgekocht, daß er sodann die Köpfe mit den Augen und die Kaldaunen zur Fertigstellung der Wurst verbraucht, und daß in dem zum Kochen benutzten Kessel nicht nur Kinderwäsche gewaschen würde, sondern daß Frau K. diesen auch zum Waschen ihrer kranken Füße benutze. Er habe dem K. über diese Schmutzereien Vorwürfe gemacht, doch dieser habe hierauf nur „Ach was“ geantwortet. K. behauptete, daß er das in L. gekaufte gefallene Kalb nur erworben habe, um das Fell weiter zu verkaufen und das Fleisch seinen Hunden zu geben. Im übrigen bestritt er die Richtigkeit der W.'schen Angaben und machte geltend, daß in seinem Geschäft die größte Sauberkeit herrsche. W. hielt später von seinen Erzählungen nur die Behauptung aufrecht, daß er damals bei der Wurstbereitung auf Geheiß des K. zur Wurstfüllung auch die Augen und die Kaldaunen genommen, daß letztere grau ausgesehen, und daß er deshalb geglaubt habe, daß dieselben ungereinigt gewesen seien. Zu seiner Verteidigung führte er an, daß er bei seiner Hilfeleistung sich nicht bewußt gewesen sei, daß diese Art der Wurstbereitung ungebührig wäre, daß er deshalb dem K. auch keine Vorhaltungen gemacht hätte und daß er erst später von anderen erfahren habe, daß Augen als Wurstfüllung nicht verwendet werden dürften. — Aus der Beweisaufnahme ergab sich, daß W. entweder bei seinen früheren Erzählungen oder bei seinen späteren Angaben nicht bei der Wahrheit geblieben ist. Es erschien daher die Beschuldigung W.'s zur Feststellung, daß K. zur Wurstbereitung die Augen der Tiere und ungereinigte Kaldaunen genommen, nicht ausreichend. Ebenso ist nicht erwiesen, daß K. die Köpfe verendeter Kälber in die Wurst verarbeitet hat, vielmehr ist die Angabe K.'s, das Fleisch

jenes gefallenen Kalbes seinen Hunden vorgeworfen zu haben, unwiderlegt geblieben. Konnte K. aber nicht des ihm zur Last gelegten Vergehens gegen §§ 12¹, 10² N.-M.-G. für überführt erachtet werden, so war W. auch nicht schuldig, ihm dabei Hilfe geleistet zu haben. Die beiden Angeklagten wurden daher freigesprochen.
K. v. Buchka.

Preußen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Altona vom 11. Oktober 1904 wider den Wurstmacher M. und den Fleischergesellen V., beide zu A., betr. Pferdefleischzusatz zu Wurst. (Veröffentl. des Kaiserl. Gesundh.-Amt. 1905, 6, 506*.) — M. ist geständig, vom Februar bis Juli 1904 dem Händler B. in O. Würstchen geliefert zu haben, welche aus $\frac{2}{3}$ Ochsenfleisch und $\frac{1}{3}$ Pferdefleisch hergestellt waren; den Pferdefleischzusatz hat er dem B. nicht mitgeteilt. Ferner hat M. zugegeben, daß er im Jahre 1904 durch fliegende Wursthändler in 2 A.'er Lokalen von ihm angefertigte Würstchen hat vertreiben lassen, und daß hierbei das Publikum in keiner Weise auf den Pferdefleischzusatz aufmerksam gemacht ist, er leugnete aber, daß diese Würstchen einen Pferdefleischzusatz gehabt hätten. Durch das Gutachten des Dr. R. ist aber erwiesen, daß die am 6. Juni 1904 bei den M.'schen Händlern in den fraglichen Lokalen entnommenen Würstchen einen nicht unerheblichen Zusatz an Pferdefleisch enthielten. Bei dem geringen Wert des Pferdefleisches und bei der schwer überwindlichen Abneigung des überwiegenden Teils des Publikums gegen den Genuß von Pferdefleisch ist in dem Zusatz des Pferdefleisches zum Ochsenfleisch der Zusatz eines minderwertigen Stoffes zu erblicken.

Wenn auch nicht immer in der Verwendung von Pferdefleisch bei der Wurstfabrikation eine Verfälschung zu sehen ist, so liegt doch im vorliegenden Falle eine Nahrungsmittelverfälschung, eine Verminderung der echten Qualität eines Nahrungsmittels durch Zusatz eines minderwertigen Stoffes mit dem Erfolge des Scheins einer besseren Beschaffenheit als der wirklichen vor. Der Kunde B. hatte bisher aus reinem Ochsenfleisch hergestellte Wurst erhalten und konnte auch vom Februar 1904 ab, da er von dem Pferdefleischzusatz Mitteilung nicht erhielt, nur annehmen, daß er nach wie vor Ochsenfleischwurst erhielt. Dieser Irrtum ist von M. bereits bei der Herstellung der Würstchen beabsichtigt gewesen. Die Behauptung des M.'schen Verteidigers, daß durch die fliegenden Händler nur mit Pferdefleisch versetzte Würstchen feilgehalten würden, wird schon durch das glaubhafte Geständnis M.'s widerlegt, daß er durch die von ihm angestellten fliegenden Händler bis zum Februar 1904 reine Ochsenfleischwurst vertrieben habe. Richtig ist, daß das Publikum, welches in den beiden Lokalen verkehrt, zu einem großen Teil den fliegenden Händlern in gewissem Grade den Argwohn entgegenbringt, daß in den feilgehaltenen Würstchen Pferdefleisch enthalten sein könne; dies ist jedoch nur bei einem Teil des Publikums anzunehmen, und auch dieser Teil will, wie den Händlern bekannt ist, und auch M. sehr wohl gewußt hat, reine Ochsenfleischwurst oder höchstens aus Ochsen- und Schweinefleisch hergestellte Wurst, nicht aber pferdefleischhaltige Wurst kaufen. M. hat sich deshalb durch die Herstellung der verfälschten Würstchen und durch deren Verkauf eines fortgesetzten Vergehens gegen § 10¹ und ² N.-M.-G. schuldig gemacht. Durch dieselbe Handlung hat M. auch gegen §§ 18, 27 des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1900 gefehlt, indem der Vertrieb ohne Genehmigung der Polizeibehörde, und ohne daß das Fleisch in deutscher Sprache als Pferdefleisch kenntlich gemacht wurde, erfolgte. Mit Rücksicht auf seine Vorstrafen wurde M. zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt, auch wurde seine Verurteilung nach § 16 N.-M.-G. öffentlich bekannt gemacht.

Der Mitangeklagte V. ist bei M. seit 1903 als Geselle tätig gewesen und hat sich auch beim Zerkleinern des zu den Würstchen verarbeiteten Pferdefleisches beteiligt. Wußte V. aber von diesem Zusatz, so hat er auch bei seiner Kenntnis der A.'er Verhältnisse nach der Überzeugung des Gerichts wenn nicht bezüglich der nach O. versandten, so doch bezüglich der zum Verkauf durch die fliegenden Händler bestimmten Würstchen gewußt, daß diese nach der Bestimmung M.'s nicht als mit Pferdefleisch versetzte, sondern als reine Ochsenwürste zum Verkauf kommen sollten. Er hat sich daher durch seine Mitwirkung bei der Herstellung der Würstchen der Beihilfe zum Vergehen des § 10¹ N.-M.-G. schuldig gemacht. V. wurde deshalb zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt.
K. v. Buchka.

Preußen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Kiel vom 28. Juni 1901 wider den Schlächtermeister E. W. und den Kaufmann J. W., beide zu N., betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 506*.) — Die Angeklagten waren durch Urteil des Landgerichts zu Kiel vom 21. September 1900 wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu je 1 Monat Gefängnis verurteilt worden, auch war die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung angeordnet. Auf die Revision der Angeklagten hat das Reichsgericht jenes Urteil nebst den demselben zugrunde liegenden Feststellungen aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Die erneute Hauptverhandlung ergab, daß am 21. Februar 1899 der Schlächtergeselle F. der Polizei angezeigt hat, er und sein Mitgeselle P. hätten auf Anweisung E. W.'s verdorbenes Fleisch zur Wurst verarbeiten sollen. Polizeiwachtmeister M. nahm darauf eine Besichtigung der zur Wurstfabrikation bestimmten Räumlichkeiten des E. W. vor, und da er

dort die ekelhaftesten Zustände vorfand, nahm er am 2. März 1899 unter Zuziehung des Kreisphysikus Dr. R., des Tierarztes A. und des Obermeisters der Schlachterinnung G. die für eine Untersuchung erforderlichen Proben. Nach der Bekundung von M. und G. boten die Wurstkammer, die Wurstküche und eine Kammer daneben einen widerlichen Anblick. Es standen dort in geschlossenen und offenen Tonnen große Massen von kleineren Fleischstücken, die vollständig in Fäulnis übergegangen waren und von Maden wimmelten. Ferner fanden sich in Kisten ganze gesalzene Schweinskarbonaden, welche an den Enden angefault und mit Maden durchsetzt, auf den Oberflächen schimmelig und schmierig waren. In einigen Kisten vorgefundene amerikanische Würste waren äußerlich schimmelig und hatten einen muffigen Geruch. Eine Tonne in der Wurstkammer war zu einem Drittel mit eingesalzenen Rinderherzen gefüllt, die zum größeren Teil grünliche Verfärbung zeigten und scharf rochen. Auf dem Tische in der Wurstkammer stand fertiger Wursteig, der nach der Angabe von E. W. aus der amerikanischen Wurst und den Rinderherzen hergestellt war, ferner fanden sich 250 Pfund aus solchem Teige hergestellte Kochwürste. Außerdem waren Mettwürste vorhanden, die W. aus dem angeblich gesunden Kerne von Schweinskarbonaden der vorher geschilderten Art unter Zusatz von frisch gesalzenem Rindfleisch und Fett gefertigt haben wollte. Die entnommenen Proben wurden dem Nahrungsmittel-Untersuchungsamt für die Provinz Schleswig-Holstein in K. eingesandt.

Die kleineren in Tonnen vorgefundene Fleischstücke kommen hier nicht weiter in Betracht, da sie von J. W. seinem Bruder E. W. als Entgelt für die Herstellung von Wurst als Schweinefutter überlassen waren, und dieser sie auch dazu, wie nicht widerlegt ist, bestimmt hat. E. W. hat angeblich dieses Futter nur deshalb in die Wurstkammer gestellt, weil er sonst keinen Raum gehabt habe. Im übrigen ergab die Beweisaufnahme zuungunsten der Angeklagten, daß E. W. im Januar 1899 angefangen hat, für J. W. aus von diesem gelieferten Materialien Wurst herzustellen. Für das Pfund fertiger Wurst sollte E. W. 0,05 Mk. erhalten und die Abfälle als Schweinefutter behalten dürfen. Zunächst erhielt E. W. nun einen größeren Posten jener oben beschriebenen Schweinskarbonaden. Auf die unwiderlegte Anweisung J. W.'s sollte E. W. hiervon das schlechte Fleisch wegschneiden und nur das gesunde verarbeiten. Letzterer wollte auch die Enden abgehackt und die Oberflächen bis auf den gesund und rot aussehenden Kern abgeschält haben. Dann seien Abwaschungen zunächst mit einer dünnen Sodälösung, darauf mit reinem Wasser vorgenommen, das gereinigte Fleisch aber unter Zusatz von frisch gesalzenem Rindfleisch und Speck zu einer groben Mettwurst verarbeitet worden. E. W. hat aus diesem Material etwa 600 Pfund Wurst hergestellt, die zum Teil schon an J. W. geliefert waren. Ferner hatte J. W. im Februar 1899 in 83 Kisten amerikanische Wurst im Gewicht von 4150 Pfund zum Preise von 0,15 Mk. für das Pfund bezogen. Die Wurst war äußerlich verschimmelt und von einer solchen Beschaffenheit, daß sie sich zum Weiterverkauf nicht eignete. Die Angeklagten beschlossen daher, diese Wurst mit Zusatz von frischem Fleisch zu Kochwurst umzuarbeiten. Zunächst erhielt E. W. 10 Kisten solcher Wurst und eine Tonne mit Rinderherzen, die J. W. Ende Januar 1899 in Jütland gekauft hatte. Die Rinderherzen hat E. W. eingesalzen und bis zum 24. Februar bei sich stehen lassen. An diesem Tage hat er mit der Herstellung von Kochwurst begonnen und hatte, als die Polizei einschritt, 250 Pfund davon fertiggestellt.

Was die hergestellten Mettwürste nun anbetraf, so versicherten beide Angeklagte, der Meinung gewesen zu sein, aus den Karbonaden lasse sich durch die Bearbeitung, mittels deren schon J. W. größere Partien verkaufsfähig gemacht hatte, ein gesunder Kern herauschälen, dessen Verwendung unbedenklich sei. Nach dem Gutachten der Kreisärzte Dr. B. und Dr. R., der Nahrungsmittelchemiker Dr. Re., Dr. Ri. und Dr. Wo., sowie des Tierarztes A. sind aber zweifellos Fäulnisstoffe in die Mettwürste gelangt. Dies war schon deshalb unvermeidlich, weil die zu dieser Wurst verarbeiteten Karbonaden-Enden und -Oberflächen in Fäulnis übergegangen waren. Es leuchtet nach den Darlegungen der Sachverständigen ohne weiteres ein, daß der Kern aus einem ringsum verfaulten Fleischstücke mit Messer und Händen nicht herausgearbeitet werden kann, ohne daß die Oberfläche des Kernes mit fauligen Säften und Teilchen des durchschnittenen, verfaulten Gewebes getränkt und beschmutzt wird. Diese Verunreinigungen lassen sich auch nicht durch Waschen mit Sodälösung und die übrigen zur Wurstbereitung erforderlichen Manipulationen beseitigen, sondern teilen der Wurst ihre Schädlichkeit mit. Der Fäulnisprozeß beschränkt sich, wie Dr. B. insbesondere ausgeführt hat, nicht auf die Stellen, von denen er den menschlichen Organen bemerkbar wird, sondern er ergreift auch die benachbarten, anscheinend noch gesunden Schichten; wie weit er in diesen vorgeschritten ist, läßt sich überhaupt nicht feststellen. Selbst bei größter Sorgfalt hat E. W. daher gesundes Fleisch von krankem nicht trennen können. Dem haben die Sachverständigen Kreistierarzt St. und Schlachthofsdirektor Ru. widersprochen; sie sind der Ansicht, daß bei gehöriger Sorgfalt eine Trennung wohl möglich gewesen sei.

Das Gericht hat keinen Zweifel, daß das B.'sche Gutachten zutrifft, und daß demnach Fleisch, das auch selbst zersetzt war, in die Mettwürste gelangt ist. Es glaubt aber diesen Umstand den Angeklagten nicht anrechnen zu dürfen. Der Nachweis ist nicht zu erbringen,

daß die Angeklagten sich bewußt waren, oder mit der Möglichkeit rechneten, zersetztes Fleisch mitzuverarbeiten. Es ist deshalb bei der Frage nach der Schuld der Angeklagten nur diejenige Beimischung von Fäulnisstoffen berücksichtigt worden, welche durch die dargelegte Verunreinigung der ausgeschälten und verarbeiteten Stücke herbeigeführt worden ist. Die Sachverständigen B. und R. sind der Ansicht, daß diese Beimischung genüge, um namentlich bei Schwangeren, Kindern und älteren Personen dauernde Gesundheitsstörungen zu verursachen. Der Genuß einer nur mäßigen Menge hätte schwere Durchfälle und Magendarmkatarrh zur Folge haben können. — Die Angeklagten haben sich demgegenüber auf das Gutachten des Chemikers Dr. Sch. berufen, dem J. W. eine Mettwurst zur Untersuchung zugesandt hat, die angeblich von E. W. angefertigt war. Dr. Sch. hat erklärt, daß er an dieser Wurst nichts auszusetzen habe. Dies stimmt mit dem Gutachten des Dr. Re. überein, der gleichfalls in der von der Polizei vorgelegten Mettwurst nichts Verdächtiges gefunden hat. Es ist dies aber deshalb ohne Belang, weil, wie Re. dargelegt hat, es kaum möglich ist, die schädlichen Substanzen in der fertigen Wurst nachzuweisen. Re. hat aus den ihm gleichfalls zur Untersuchung zugesandten Karbonaden-Enden, welche oben als Schweinefutter bezeichnet sind, unter Zusatz von einem gleichen Teil frischen Schweinefleisches zur Probe eine Wurst herstellen lassen. Obwohl diese Wurst zur Hälfte aus zersetztem Fleische gefertigt war, also massenhaft Fäulnisstoffe enthielt, zeigte sie doch eine tadellose Beschaffenheit. Das Gericht trägt kein Bedenken festzustellen, daß die Wurst derart hergestellt war, daß ihr Genuß in der von B. und R. dargelegten Weise die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet war. Daß die Angeklagten die gesundheitsschädliche Beschaffenheit der von ihnen hergestellten Mettwürste gekannt haben, ist nicht genügend erwiesen. Jedenfalls aber hätten sie sich bei nur geringer Sorgfalt sagen müssen, daß der Genuß solcher mit Fäulnisstoffen durchsetzten Wurst die Gesundheit von Personen mit nicht besonders starkem Magen dauernd schwer beeinträchtigen könnte; sie hätten somit auf die Anfertigung derartiger Ware verzichten müssen. Die Angeklagten haben hiernach durch gemeinschaftliches Handeln gegen § 14 N.-M.-G. verstoßen. — Was ferner die Herstellung der fraglichen Kochwurst anbetraf, so haben sich die Angeklagten in diesem Falle eines Vergehens gegen § 10¹ N.-M.-G. schuldig gemacht. Die Umarbeitung der nach Aussehen und Geruch völlig unverwertbaren alten amerikanischen Wurst erfolgte nach der Absicht beider Angeklagten, um der alten Ware den Anschein von frischer Ware zu geben und so dem kaufenden Publikum vorzuspiegeln, daß die Wurst aus frischem Fleische hergestellt sei, und es über die wahre Beschaffenheit des Inhalts der Wurst zu täuschen. Die Frage, ob in der Herstellung der Kochwürste ein nach § 12¹ oder § 14 N.-M.-G. strafbares Vergehen zu finden ist, war bezüglich J. W.'s zu verneinen. Nach dem Gutachten der Sachverständigen Dr. R., Dr. Re. und Dr. Ri. haben die bei E. W. vorgefundenen amerikanischen Würste beim Durchschneiden einen starken, muffigen Geruch ausgeströmt, welcher auf eine ziemlich vorgeschrittene Fäulnis deutete. Es unterliegt ferner keinem Zweifel, daß auch die schon zur Kochwurst verarbeiteten amerikanischen Würste ebenso wie die untersuchten von Fäulnis ergriffen waren, und daß somit Fäulnisstoffe sich in der hergestellten Kochwurst befanden. Diese Kochwurst war daher in derselben Weise wie die Mettwurst geeignet, die Gesundheit der Konsumenten zu beschädigen. Die gesundheitsschädliche Beschaffenheit der Kochwurst wurde dadurch noch erhöht, daß, wie E. W. ausdrücklich eingeräumt hat, auch innerlich schon grau verfärbte amerikanische Würste mit verarbeitet worden sind. Schließlich kommt hinzu, daß durch E. W. auch grünlich verfärbte Rinderherzen in die Wurst hinein verarbeitet worden sind. Alle diese Tatsachen können aber gegen J. W. nicht verwertet werden. Nach den eidlichen Aussagen seiner Angestellten waren die Rinderherzen, als J. W. sie empfing, von frischer, roter Farbe, also unverdächtig. Er hat sie alsbald zu seinem Bruder schaffen lassen, dem dann deren Konservierung oblag. Daß E. W. dabei so nachlässig verfahren ist, daß die Herzen sich nicht hielten, ist dem J. W. möglicherweise entgangen, jedenfalls ist er nicht überführt, den bedenklichen Zustand der Rinderherzen gesehen zu haben. Auch dafür mangelte es an einem sicheren Beweise, daß er gewußt hat, daß innerlich schon grau verfärbte amerikanische Würste in den Kisten waren. Er hat nachgewiesen, daß die Würste, welche er bei dem Empfang der Ware zur Probe anschnitt, keine solche Farbe zeigten. Was schließlich den auch dem J. W. erkennbaren Geruch der Ware anlangt, so will er diesen Geruch lediglich für den jeder amerikanischen Ware anhaftenden Kistengeruch gehalten haben. Nun hat der Nahrungsmittelchemiker Dr. Re., dessen umfassende Sachkunde dem Gerichte bekannt ist, zwar in Abrede gestellt, daß ein solcher Geruch für die amerikanische Ware charakteristisch sei, andererseits scheint aber die Meinung auch in sachverständigen Kreisen erbracht zu sein, daß der amerikanischen Ware ein solcher Geruch stets anhafte. Wenigstens haben der Kreistierarzt St. und der Schlachthofsdirektor Ru., welche Würste aus den noch bei J. W. lagernden 73 Kisten untersucht haben, erklärt, daß sie an diesen lediglich den charakteristischen amerikanischen Kistengeruch wahrgenommen hätten. Hiernach ist es nicht ausgeschlossen, daß J. W. sich über die Bedeutung des Geruchs nicht klar war, und dies kann ihm nicht zur Schuld angerechnet werden, wenn selbst Sachverständige den Geruch für unverfänglich halten. — Was dagegen die Verarbeitung grau verfärbter Wurst und grünlich aussehender

Rinderherzen seitens des E. W. anbetrifft, so muß unbedingt angenommen werden, daß letzterer diese Stoffe mit dem Bewußtsein verarbeitete, daß sie bereits in Fäulnis übergegangen seien, und daß er wußte, daß die so in die Kochwürste gelangenden Stoffe seine Fabrikate zu einem Nahrungsmittel machten, dessen Genuß erhebliche Störung der Gesundheit herbeiführen könnte. Er setzte sich aber darüber hinweg, weil er als Schlachter wußte, daß bei der ferneren Bearbeitung die Schädlichkeiten verdeckt würden, und er möglichst viel Wurst herstellen wollte, um die für das Pfund fertiger Ware bedungene Vergütung zu erhalten. E. W. hat daher bei der Herstellung der Kochwurst nicht nur gegen § 10¹, sondern auch gegen § 12¹ N.-M.-G. gefehlt. Die beiden Angeklagten wurden zu je 1 Monat Gefängnis verurteilt, auch wurde nach § 16 a. a. O. die Verurteilung öffentlich bekannt gemacht. *K. v. Buchka.*

Preußen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Dortmund vom 14. Januar 1903 wider den Metzgermeister M. in D. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 508*.) — M. verwendete im Jahre 1901 zur Herstellung der in seinem Geschäft feilgehaltenen Wurst zu wiederholten Malen sogen. Abfallfleisch, welches von anderen Metzgern wegen seines geringen Wertes beim Schlachten im Schlachthause zurückgelassen, aber nicht verdorben oder gesundheitsschädlich war. Einmal in demselben Jahre kaufte er von einem Reisenden einen größeren Korb voll Rind- und Kalbfleisch, welches bereits in Fäulnis übergegangen, schmierig und von grünlicher Farbe war und stank. Dieses Fleisch verwendete er selbst zur Herstellung von Knoblauchschorizo. Die mit diesem Fleisch hergestellte Wurst verkaufte M. dann an seine Kunden, ohne ihnen dabei etwas über den Zustand der Wurst zu sagen. Die von M. aus dem bereits in Fäulnis übergegangenem Rindfleisch und Kalbfleisch hergestellte Wurst war, wie mit dem Sachverständigen E. anzunehmen ist, nicht nur verdorben, d. h. zum Genusse für Menschen ungeeignet, sie war darüber hinaus auch gesundheitsgefährlich, d. h. geeignet, die menschliche Gesundheit zu beschädigen. Als Metzger hatte M. Kenntnis von der Verdorbenheit und Gesundheitsgefährlichkeit des Nahrungsmittels. Er hat das verdorbene und gesundheitsgefährliche Nahrungsmittel weiter in der Absicht verkauft, daß dasselbe zum Genusse von Menschen verwendet werden sollte. Dabei hat er endlich, was seine Pflicht gewesen wäre, die ihm bekannte verdorbene und gesundheitsgefährliche Beschaffenheit der Wurst seinen Kunden nicht mitgeteilt.

M. wurde wegen Vergehens gegen §§ 10², 12¹ N.-M.-G. zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Nach § 16 a. a. O. wurde die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung angeordnet. *K. v. Buchka.*

Preußen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Münster vom 1. August 1902 wider den Metzger S. in A. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Gesundh.-Amts. 1905, 6, 508*.) — S. verwendete am 11. März 1902 zur Herstellung von 15 kg Leberwurst etwa 2 bis 2,5 kg eingesalzenes Fleisch von einem Kalbe, das 2 Tage zuvor erst geboren war und von der Geburt bis zum Schlachten überhaupt keine Nahrung erhalten hatte. Die Wurst wurde für 0,40 Mk. das Pfund verkauft. Der Sachverständige, Kreisarzt Medizinalrat Dr. H. begutachtete, daß das Fleisch von nüchternen Kälbern nicht gesundheitsschädlich sei, und der Genuß desselben Übelkeit und Durchfall nicht hervorrufe. Doch werde ein Durchschnittsmensch einen berechtigten Ekel vor solchem Fleische haben. — Das Gericht hat in der Handlungsweise des S. ein Vergehen gegen § 10¹ u. ² N.-M.-G. nicht erblicken können, denn von einer Verfälschung in dem Sinne, daß gesundheitsschädliches Fleisch verwendet ist, kann deshalb nicht gesprochen werden, weil das Fleisch eines nüchternen Kalbes nicht gesundheitsschädlich ist. Wenn es auch in bezug auf Güte und Nährkraft minderwertig ist, so bedeutet ein Zusatz von 5 Pfund derartigen Kalbfleisches bei einer Menge von 30 Pfund Leberwurst zum Preise von 0,40 bzw. 0,30 Mk. für das Pfund keine Verfälschung. — Ebenso ist nicht nachgewiesen, daß die Wurst bei dem dieselbe kaufenden Publikum Ekel zu erregen imstande gewesen wäre. S. wurde daher von der Anklage eines Vergehens gegen § 10¹ u. ² N.-M.-G. freigesprochen. — Dagegen hat er sich einer Übertretung gegen die Polizeiverordnung, betr. Einführung einer allgemeinen Fleischschau für den Stadtbezirk A., vom 2. März 1896 schuldig gemacht, indem er unterlassen hat, das Kalb vor und nach dem Schlachten zur Feststellung des Gesundheitszustandes durch einen amtlich bestellten Sachverständigen untersuchen zu lassen und zum Zwecke dieser Untersuchung das Kalb bei dem Sachverständigen anzumelden, ferner indem er versäumt hat, ein noch nicht 2 Wochen altes Kalb zu anderen Zwecken als zur Verwertung auf der Freibank geschlachtet zu haben. Wegen dieser Übertretung wurde S. zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. *K. v. Buchka.*

Preußen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Elberfeld vom 11. Dezember 1903 wider die Metzger G. und S. zu So. betr. Verfälschung von Sülze. (Veröffentl. des Kaiserl. Gesundh.-Amts. 1905, 6, 509*.) — Die Metzgerinnung zu So. läßt in einem gemieteten Schlachthausraum durch G. Sülze herstellen; letzterer wurde hierbei je nach Bedarf von S. unterstützt. Das Material zur Sülzeverbereitung bildeten die Abfälle, welche sich die Angeklagten aus dem Schlachthofe holten. Die zubereitete Sülze verkaufte G. an So. er

Metzger zum Preise von 0,15 Mk. für das Pfund, und zwar zunächst als Bindemittel zur Bereitung von Blutwurst an Stelle des verbotenen Mehlzusatzes. Am 28. März 1903 nahm Polizeinspektor K. eine Besichtigung dieser Innungsküche vor und fand diese in einem äußerst schmutzigen Zustande. Von der Decke hingen einige Dutzend Ochsenziemer herab, die einen großen Gestank verbreiteten. Auf dem Boden an den Wänden lagen Geschlechtsteile von männlichen Schweinen, Kälberdärme, Blöcke minderwertigen ausgelassenen Fettes und dergl. Die beiden Angeklagten standen an einer Blechkarre, die mit heißen Fleischstücken gefüllt war, und sammelten Knochen aus diesem Fleisch. Das zurückbleibende Fleisch bildete die Sülze. Dieselbe bestand aus Ohrmuscheln und Augenlidern von Schweinen, Herzpfeifen, Herzklappen, Knorpeln, Geschlechtsteilen von Schweinen, Zwerchfellen etc., die einen ekelhaften Brei darstellten. Die Ohrmuscheln und Augenlider waren völlig beschmutzt und mit Haaren noch bewachsen. In dem Brei befand sich sogar ein Rinderhuf. Auf dem Tisch lagen ferner Blasen mit Geschlechtsteilen von Tieren, auf der Erde Nabelbeutel mit Wasserschnur von Schweinen; ferner wurden 2 Säcke mit Pferdekiefern vorgefunden. Sämtliche von den Angeklagten bereitete Sülze wurde in einem und demselben Kessel bereitet.

Die Behauptung der Angeklagten, diese Sülze sei zu Hundefutter bestimmt gewesen, hat das Gericht durch die Beweisaufnahme für widerlegt und vielmehr für erwiesen erachtet, daß dieselbe als Nahrungsmittel für Menschen bestimmt war. Es unterlag nach Lage der Sache ferner auch keinem Zweifel, daß die schon vor dem 28. März 1903 in dem letzten Halbjahre geständlich von den Angeklagten zubereitete Sülze ebenfalls die gleichen Bestandteile enthalten hat und von ähnlicher Beschaffenheit gewesen ist, wie die beschlagnahmte Ware. Nach Angabe der Gutachter Kreisarzt Dr. W., Kreisarzt Dr. F. und Nahrungsmittelchemiker Dr. Kü., enthielt letztere ungehörige Substanzteile, Ohrmuscheln mit Haaren daran, Schweinepenis und dergl.; sie war sehr schmutzig und als Nahrungsmittel für Menschen völlig ungeeignet. Diese für die Sülze ungehörigen und ungeeigneten Bestandteile haben die Angeklagten derselben bewußt und vorsätzlich zugesetzt und dadurch die Sülze verschlechtert und verfälscht. G., schon vorbestraft, wurde deshalb zu 3 Monaten, S. zu 1 Monat Gefängnis verurteilt, auch wurde die Verurteilung der Angeklagten öffentlich bekannt gemacht. (§§ 10¹, 16 N.-M.-G.)

K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts München I vom 9. April 1902 wider den Metzgermeister S. in P. betr. Wursthälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Gesundh.-Amtes, 1905, 6, 483*.) S. stellte am 6. Dezember 1901 sogenannte Weißwürste aus Stierfleisch und „Leberkäs“ her. Da das Brat [des Stiers nicht recht „geht“, d. h. abge-
bunden hatte, mischte S. dem Brat Mehl bei und auch eine übermäßig große Menge Wasser. Dasselbe bezifferte sich auf etwa 72%, während es einschließlich des im Brat enthaltenen Wasserstoffes nur etwa 39% enthalten soll. Gewöhnlich werden 12% beigemischt. Diese so hergestellten Waren, etwa 3 kg Weißwurst und einen Laib Leberkäse, hielt S. feil, ohne die Beimischung von Mehl erkenntlich zu machen.

S. gab an, das Fleisch des Stieres habe so wenig abgeunden, daß er es deshalb hätte wegwerfen müssen, wenn er nicht Mehl beigemischt hätte. Der Sachverständige bestätigte dies auch, erklärte aber, S. hätte dann die Beimischung von Mehl deklarieren müssen, denn dem Brat soll kein Mehl beigemischt werden. Geschehe es doch, dann sei die Ware verfälscht. S. bestritt, bei dem Verkauf der Waren eine Täuschung des Publikums beabsichtigt zu haben. Das Gericht erachtete ihn jedoch für überführt, zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungsmittel verfälscht und wissentlich unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft zu haben, Vergehen gegen § 10¹ und ² N.-M.-G. — S. wurde zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts München II vom 20. Januar 1902 wider die Metzgermeistersehefrau E. V., deren Ehemann H. V., den Metzgergesellen T. V., sämtlich in Br., und 3 Gen. betr. Wursthälschung. (Veröff. des Kaiserl. Gesundh.-Amtes, 1905, 6, 484*.) — I. Der Ehemann V. betreibt in Br. eine Metzgerei. Gegen Ende Juli oder Anfang August 1901 wurde ein bei V. geschlachteter Stier vom Tierarzt untersucht, die Lunge als krank abgeschnitten und — ein Zeichen der Nichtverwendbarkeit — zu Boden geworfen. Dort blieb sie zwei Tage liegen. Als die Ehefrau V. nach dieser Zeit ins Schlachthaus kam und fragte, was mit der Lunge sei, gab sie, nachdem ihr der Bescheid geworden war, daß die Lunge wegen Tuberkulose vom Tierarzt beanstandet worden sei, Befehl, die Lunge zusammenzuschneiden und in die Würste zu verarbeiten, was denn auch geschah. Ende August 1901 wurde bei V. ein Ochse geschlachtet. Dessen Lunge wurde von dem die Beschau vornehmenden Assistenten des Tierarztes als tuberkulös befunden und sofort weggeschnitten. Dieselbe blieb drei Tage im Schlachthaus liegen, auch noch, als das Schlachthaus, vielmehr dessen Boden, mit Wasser abgespült wurde. Schließlich lag sie in der Nähe des Ausgusses. Auch diese Lunge wurde zusammengeschneiden und in die Würste verarbeitet. Im Laufe des Monats September 1901 wurde bei V. abermals ein Ochse geschlachtet. Eine tierärztliche Untersuchung desselben unterblieb infolge eines Versehens. Die Lunge desselben war mit Eiter-

knoten bedeckt. Der Zeuge und Mitangeklagte, Metzgergeselle B., zeigte die Lunge dem Zeugen R. Dieser bemerkte an derselben erbsengroße, feste, gelbe Knoten. Die Lunge wurde ins Schlachthaus verbracht und dort von der Ehefrau V. gewaschen und dem Zeugen R. mit dem Auftrage übergeben, dieselbe auszubreiten und für die Würste zusammenzuschneiden. Nach der Wahrnehmung des B. wies die Lunge große, gelbe Knoten, „Eiterbatzen“, auf. Dieselben wurden ausgeschnitten, und die gereinigte Lunge wurde dann von B. zusammengeschnitten und von T. V., dem Sohne des H. V. und der E. V., in die Würste verarbeitet. Die Sachverständigen gaben ihr Gutachten dahin ab, daß die Verwendung von tuberkulösen und eiterigen Lungen höchst bedenklich und gesundheitsschädlich sei. Ob in den Würsten, zu welchen die Lunge des Stieres und des Ende August geschlachteten Ochsen verwendet wurde, und in den Würsten, welche von der Gendarmerie nach Erstattung der Anzeige beschlagnahmt wurden, und in welche die Lunge des nicht der tierärztlichen Beschau unterzogenen Ochsen verwendet war, Tuberkelbacillen enthalten waren, ist nicht erwiesen. Bezirks-tierarzt S. konnte in den ihm zur Untersuchung übermittelten, durch die Hitze und ihr Alter fast verdorbenen Wurstscheibchen das Vorhandensein von Bacillen nicht nachweisen. Darin stimmen jedoch die Gutachten überein, daß die in oder an der Lunge und in den Bronchialdrüsen vorhandenen Entzündungsprodukte, die mit den Lungen verarbeitet wurden, bezw. der Genuß der unter ihrer Verwendung fabrizierten Würste die menschliche Gesundheit insofern zu beschädigen geeignet sind, als mindestens bedenkliche Verdauungsstörungen daraus resultieren können. Der Sachverständige Dr. W. bezeichnete die oben beschriebenen Lungen als das gesundheitsschädlichste Material, was einem menschlichen Nahrungs- und Genußmittel beigemengt werden kann. Hiernach steht fest, daß in den drei Fällen durch Verwendung tuberkulöser bezw. eiteriger Lungen, also eines gesundheitsgefährlichen Stoffes, ein Nahrungsmittel derart hergestellt wurde, daß der Genuß desselben durch Menschen, zu welchem Zwecke das Nahrungsmittel hergestellt und bestimmt war, geeignet war, die Gesundheit zu beschädigen.

Die Ehefrau V. bestreitet, jemals die Verwendung der Lungen zur Wurstbereitung angeordnet zu haben. Das Gericht erachtet sie jedoch in zwei Fällen dessen für überführt. Dagegen konnte nicht festgestellt werden, daß auch im Falle des Ende August geschlachteten Ochsen der Auftrag zur Verwendung der kranken Lunge von der Frau ausgegangen ist. Vielmehr ist diese Lunge nach Angabe des Zeugen R. auf Anordnung des Sohnes T. V. zusammengeschnitten worden. Auf Seite des T. V. kann im bezeichneten Falle aber ein in Täterschaft begangenes Vergehen nach § 12¹ N.-M.-G. um deswillen nicht angenommen werden, weil nicht nachgewiesen ist, daß er gewußt hat, daß die Lunge tuberkulös gewesen ist. In beiden Fällen, in welchen ihr die Auftragserteilung nachgewiesen ist, hatte die Ehefrau V. Kenntnis davon, daß die Lungen krank waren. Das Gericht nimmt als erwiesen an, daß die Ehefrau V. bezüglich der nicht durch den Tierarzt besichtigten Lunge nicht gewußt hat, daß derartige Lungen, wenn sie gereinigt sind, gesundheitsschädlich sind, indem es ihren Behauptungen glaubt, es seien früher selten wegen Lungen Beanstandungen vorgekommen, erst unter dem Assistenten M. des jetzigen Tierarztes hätten sich dieselben in auffallender Weise gemehrt, und es sei immer üblich gewesen, die kranken Teile an den Lungen auszuschneiden, das übrige zu reinigen und dann zu verwenden. Hiernach muß angenommen werden, daß, wenn die Ehefrau V. die Gesundheitsschädlichkeit der Lungen erkannt hätte, sie deren Verwendung zur Wurstbereitung nicht angeordnet hätte. Aber sie hätte in den beiden anderen Fällen es wissen können, daß die Lungen gesundheitsschädlich sein können, da sie von der Beanstandung der einen als tuberkulös gehört, die andere selbst mit Eiterknoten bedeckt gesehen hat. Es wäre ihr Pflicht gewesen, bevor sie die Verwurstelung der Lungen anordnete, sich darüber zu vergewissern, ob die Lungen, auch wenn sie gereinigt waren, nicht gesundheitsschädlich sind. Zu dieser Prüfung war sie verpflichtet, da sie beide Male an Stelle ihres Mannes den Gehilfen desselben direkte Aufträge erteilte. Sie wußte und wollte, daß durch die Gehilfen die Lungen unter die Würste verarbeitet wurden, daß aus den Lungen und dem Wurstgemengsel ein Nahrungsmittel hergestellt wurde. Sie hat trotzdem unter Außerachtlassung der nötigen, durch den Geschäftsbetrieb gebotenen Vorsicht und Aufmerksamkeit sich nicht die Überzeugung von der Nichtgesundheitsschädlichkeit der Lungen verschafft und demnach den Auftrag zu ihrer Verwendung gegeben. Sie mußte wissen und wußte, daß durch das Sieden der Würste etwa vorhandene gesundheitsschädliche Stoffe nicht zerstört werden. Da die Gehilfen lediglich die Ausführer ihres Auftrages waren bei der angeordneten Verwendung der Lungen, haftet die Ehefrau V. als alleinige Täterin. Sie hat aber ferner auch die so hergestellten Würste verkauft. Sie gibt selbst zu, daß der Verkauf der Waren im Laden zu ihren Aufgaben gehörte. Sie hat somit auch in dieser Richtung fahrlässig gehandelt. Hiernach steht fest, daß die Ehefrau V. in zwei selbständigen Fällen aus Fahrlässigkeit Gegenstände, welche bestimmt waren, als Nahrungsmittel zu dienen, derart hergestellt hat, daß der Genuß derselben die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet war, und daß sie fahrlässig diese Gegenstände verkauft hat. — Sie war daher zweier fahrlässiger Vergehen nach §§ 12¹, 14 N.-M.-G. schuldig zu sprechen und wurde deshalb mit 300 M. Geldstrafe bestraft.

Nachdem die Verurteilung der Täterin wegen Fahrlässigkeit erfolgt ist, waren die wegen eines fortgesetzten bezw. wegen eines Vergehens der Beihilfe zu einem Vergehen nach § 12¹ N.-M.-G. mitangeklagten Metzgerburschen T. V. und drei Gen. von diesem Vergehen freizusprechen, da es eine strafbare Beihilfe zu einem Fahrlässigkeitsvergehen nicht gibt.

II. Die Eheleute V. haben in der Zeit von Mitte Juli bis Mitte September 1901 in ihrem Metzgereibetriebe in B. Wurstwaren, nämlich sogenannte Dick- und Dünngeselchte, Weißwürste, Leoniwürste und Leberkäs, statt ausschließlich aus Fleischbestandteilen jeweils unter Beimischung einer größeren Menge Mehl hergestellt und diese Wurstwaren unter Verschweigung des Umstandes, daß dieselben Mehl enthielten, feilgehalten und verkauft. Der Ehemann V. gibt zu, Mehl und zwar sogenanntes Königsmehl von der Kunstmühle, nicht aber Kartoffelmehl zur Bereitung von Weißwürsten verwendet zu haben. Auf 5—600 Stück Würste — 6 Stück rechnet er auf 1 Pfund — seien 1 bis 2 Pfund Mehl zugesetzt worden. In Br. sei es üblich, Mehl den Würsten beizumengen; er habe das so gelernt und er sei der Meinung, daß durch Mehlsatz die Wurst milder werde, und daß dadurch eine bessere Bindung hergestellt werde. Übrigens habe er auf Grund einer ihm im Jahre 1896 durch eine Untersuchungskommission gemachten Eröffnung den Zusatz von Mehl für erlaubt gehalten, er habe auch sofort damals (1896) eine Schiefertafel in seinem Verkaufsladen aufgehängt mit der Aufschrift: „Wurstwaren und Leberkäs sind mit Mehl bestäubt“; er müsse aber zugeben, daß die Tafel nicht immer gleichmäßig da war, nicht immer an derselben Stelle hing. Die Ehefrau V. schloß sich dieser Erklärung ihres Mannes an mit dem Beifügen, sie habe den Mehlsatz für erlaubt gehalten. Die gleiche Erklärung gab der Sohn T. V. ab und fügte an, eine Tafel habe im Laden gehangen, sie sei aber „öfters nicht dagewesen“. Die Beweisaufnahme ergab, daß in alle Würste Mehl gekommen war, und daß stets das gleiche Quantum Mehl, welches mit Wasser vorher zu einem Teig verrührt worden sei, zugesetzt wurde, gleichviel ob 5—600 oder weniger Würste gemacht wurden. Nach dem Gutachten des Bezirkstierarztes S. ist Mehlsatz zu Fleischwürsten entschieden nicht zulässig und auch um M. herum nicht üblich; dagegen pflegt dem Leberkäs, der, was schon sein Name besagt, nicht zu den Würsten gerechnet wird, Mehl zugesetzt zu werden. Der Mehlsatz zu Fleischwürsten bezwecke nicht, die Wurst milder zu machen; die gute Verbindung bringe der Metzger auch ohne Mehl durch Verwendung von Speck und Rindfleisch allein zustande. Den Prozentsatz der Mischung konnte der Sachverständige in den ihm zur Untersuchung übermittelten Würsten wegen der bereits stark vorgeschrittenen Verderbnis nicht feststellen. Die Gutachten des Tierarztes S. und des Bezirksarztes Dr. W. gehen dahin überein, daß durch den Zusatz von Mehl den Würsten ein stärkerer Wassergehalt verliehen wird, als ihn reine Fleischwürste haben, und daß infolge des größeren Wassergehaltes die Gärung und Zersetzung bei den mit Mehl versetzten Fleischwürsten befördert wird. Die Nahrungsmittel, die Fleischwurstwaren, waren hiernach durch den Mehlsatz verschlechtert, sie waren durch den Zusatz in ihrer Beschaffenheit verändert und minderwertig geworden, da an Stelle der Fleishteile ein weniger wertvoller Teil, der Mehlbrei, getreten ist. Sie waren also verfälscht. Dagegen konnte nicht festgestellt werden, daß der Zusatz von Mehl zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr gemacht wurde, und daß der Ehemann V. sich bewußt war, daß das Publikum getäuscht werde. Wie Dr. H., Assistent bei der Nahrungsmittelkommission, bestätigte, war im Jahre 1896 der Zusatz von Mehl zu Würsten nicht bloß bei Leberkäs in Br. ortsüblich; es wurden aber damals alle Metzger verwahrt mit dem Hinweise darauf, daß der Mehlsatz eine Fälschung bedeute, daß von einer Täuschung aber nicht gesprochen werden könne, wenn sie die Verwendung von Mehl zur Herstellung der Würste durch Anschlag im Verkaufsladen zur allgemeinen Kenntnis bringen. Das Publikum war demnach bis zum Jahre 1896 gewöhnt und wußte es, daß den Fleischwürsten stets Mehl, also fremde, zur Wurstfabrikation nicht übliche Stoffe beigemischt werden, und diese Beimischung war durch das Herkommen in Br. geduldet. Mußte aber hiernach der Ehemann V. erwarten, daß das Publikum weiß, daß Mehl den von ihm hergestellten Würsten beigemischt ist, so fehlte ihm bei seiner Handlungsweise das Bewußtsein, daß das Publikum dadurch getäuscht werde. Es fehlte ihm aber auch an dem Vorsatze, das Publikum zu täuschen. Denn er hat sofort im Jahre 1896 durch Anschlag in seinem Laden bekannt gemacht, daß die Würste Mehl enthalten. Wenn er auch selbst zugibt, daß die Tafel mit dieser Aufschrift nicht immer im Laden hing, so ist doch nicht bewiesen, daß sie gerade in der Zeit von Mitte Juli bis Mitte September 1901 dort fehlte. Aus diesen Gründen mußte H. V. freigesprochen werden (§ 10¹ und ² N.-M.-G.). Dieselbe Entscheidung ist aber auch gerechtfertigt gegenüber der Frau V. Abgesehen davon, daß diese für die Herstellung der Würste nicht verantwortlich gemacht werden kann, fehlte auch ihr beim Verkauf der Würste, von denen sie allerdings wußte, daß sie mit Mehl versetzt seien, das Bewußtsein, daß das Publikum über die Zusammensetzung der Würste getäuscht werde.

Was aber den T. V. und die drei Metzgerburschen betrifft, die bei Herstellung der Würste geholfen haben, so sind diese lediglich auf Geheiß ihres Dienstherrn tätig gewesen, ihr Wille war lediglich auf Leistung der Arbeit gerichtet. Auch sie waren daher freizusprechen (§ 10¹ N.-M.-G.).

K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Amberg vom 23. Sept. 1902 wider die Wirtswitwe R., die H., den Metzger G. Gi. und seine Ehefrau A. Gi., sämtlich in Rö. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 485*.) — Die R., die H. und G. Gi. waren durch Urteil des Schöffengerichts zu Waldmünchen vom 17. Juni 1902 von der Anklage eines Vergehens gegen § 10 N.-M.-G. freigesprochen worden. Gegen dieses Urteil hatte der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Die Verhandlung 2. Instanz ergab folgendes: Die R. und die H. mengten am 16. Oktober 1901 dem Wurstgefüßel für 0,05 M. Semmel bei. Gi. hatte das Wurstgehäcke hergestellt. Der als Sachverständiger vernommene Nahrungsmittelchemiker ermittelte den Semmelzusatz in den Leberwürsten, die Höhe desselben konnte er jedoch nicht bestimmen. Die R. und die H. räumten den Semmelzusatz in den Leberwürsten ein, bestritten aber, sich strafbar gemacht zu haben, da ein solcher Semmelzusatz in Rö. allgemein üblich sei. Gi. behauptete unwiderlegt, daß er den Leberwürsten nicht Semmel beigemengt habe. Dies habe in seiner Abwesenheit seine Ehefrau getan, aber mit seinem Wissen und Willen. Als tatsächlich erwiesen steht fest, daß je 50 Paar Leberwürsten für 0,05 M. Semmel beigemengt war, daß die Leberwürste in Rö. seit langer Zeit schon so bereitet wurden, und daß solche ohne Semmelzusatz nicht so beliebt waren wie die mit Semmeln. Mit Rücksicht auf diese Tatsachen ist das Gericht zu der Anschauung gelangt, daß in der Herstellungsart der Würste eine Verfälschung nicht gefunden werden kann. Nach der Rechtsprechung ist unter „Verfälschen“ entweder Verschlechtern durch Zusatz fremder oder Weglassen wesentlicher Stoffe zu verstehen. Wie die Zusammensetzung beschaffen sein muß, um als normal gelten zu können, ist nicht einseitig nach der Auffassung der Produzenten, sondern nach den berechtigten Erwartungen des Publikums zu beurteilen, und dieses liebte den Semmelzusatz in den Würsten. Die R., die H. und Gi. haben also kein Nahrungsmittel verfälscht. Die Berufung des Amtsanwalts war demnach zu verwerfen.

Die Ehefrau Gi. hat am 16. Oktober 1901 dem von ihrem Manne zubereiteten Wurstgefüßel für ungefähr 50 Paar Leberwürste für 0,05 M. Semmel — also zwei Semmeln — beigemengt. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß in Rö. die Mehrzahl der Metzger und Schlachtenden den Leberwürsten zwei Semmeln beimengten, sowie daß diese Leberwürste allgemein beliebter sind, als die nur aus Fleisch und Gewürzen hergestellten. Wenn aber in Rö. und Umgebung eine eingeweichte Semmel als unentbehrlicher Bestandteil einer Leberwurst angesehen wird, kann von einem Metzger, der seine Würste in dieser Weise herstellt, nicht gesagt werden, er hätte die Wurst verfälscht oder nachgemacht, denn für die Beurteilung der Frage, ob die Zusammensetzung einer Mischung als ordnungsmäßig zu erachten ist, sind die berechtigten Erwartungen der Käufer maßgebend. (Vgl. Urteil des Reichsger. Entsch. Bd. XVI S. 316.) Und diese kannten den Semmelzusatz.

Die Gi. wurde daher von der Anklage eines Vergehens gegen § 10 N.-M.-G. freigesprochen.
K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Fürth vom 17. März 1903 wider den Gastwirt C. T. und seine Ehefrau B. T., beide in I. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 486*.) — E. T. und B. T. waren durch Urteil des Schöffengerichts zu Windsheim vom 9. Januar 1903 von der Anklage eines Vergehens gegen § 10¹ und ² N.-M.-G. freigesprochen worden. Gegen dieses Urteil hatte der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Die Verhandlung 2. Instanz ergab folgendes: Am 18. Oktober 1902 bemerkte der Stationskommandant H., welcher sich in der T.'schen Wirtschaft 2 Leberwürste hatte vorsetzen lassen, daß die Würste einen Brotzusatz enthielten. Er schickte die Würste an die Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel in E. Die dort vorgenommene chemische und mikroskopische Untersuchung ergab, daß die Würste einen Brotzusatz enthielten und, da die Beimengung von Brot unter die Wurstmasse als ein minderwertiger Zusatz erachtet werden muß, als verfälscht anzusehen waren. Die Ehefrau T. wendete ein, daß sie keine Ahnung gehabt habe, daß die beiden von ihr verkauften Leberwürste einen Brotzusatz enthalten hätten, während der Ehemann T. folgendes geltend machte: Einem allgemeinen Gebrauch in der W.'er und L.'er Gegend entsprechend, setze er von jeher den Leberwürsten, die lediglich als „Hauswürste“ in seinem Haushalte zur Verzehrung gelangten, Brot zu. Auch die beiden von seiner Ehefrau dem Zeugen H. verabreichten Würste seien solche Hauswürste gewesen. Er schlachte im Jahre 4- bis 6-mal. Die beiden Würste seien einer Anzahl von 30 bis 40 Stück Leberwürsten entnommen worden, die er aber nicht zum Verkaufe an die Gäste, sondern lediglich zum Verbrauch im eigenen Hause angefertigt und geräuchert habe. Daß in den beiden Würsten Brotzusatz enthalten war, habe seine Ehefrau nicht gewußt, doch müsse er zugeben, daß sie bei früheren Gelegenheiten um den Zusatz von Brot bei sog. Hauswürsten gewußt habe. Durch die Beweisaufnahme konnte nun allerdings das Vorbringen des Ehemanns T. nicht widerlegt werden. Der Tatbestand des ihm zur Last gelegten Vergehens aus § 10¹ N.-M.-G. konnte daher gegen ihn nicht festgestellt werden, weil gerade das wesentliche Merkmal „zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr“ fehlte. Anders liegt aber die Sache bei der Ehefrau T.

Es hat sich auf Grund der Beweisaufnahme bei dem Gericht die volle Überzeugung

gebildet, daß die Ehefrau T. wohl gewußt hat, daß die beiden von ihr an den Zeugen H. verabreichten Leberwürste besagten Brotzusatz enthielten, demnach verfälscht waren. Indem sie in Kenntnis dieses Umstandes die Würste an H. gegen Entgelt abgab, dabei aber dem Käufer die Verfälschung dieser Nahrungsmittel bewußtermaßen verschwie, hat sie sich eines Vergehens gegen § 10² a. a. O. schuldig gemacht. Das Berufungsgericht hat seine Überzeugung geschöpft einmal aus der Tatsache, daß die T. als Ehefrau und Vorsteherin des Hauswesens schon von früheren Schlachtungen her den Gebrauch der dortigen Gegend, der auch in ihrem Haushalte gang und gäbe ist, nach ihrem eigenen Zugeständnisse gekannt hat, dann aus der weiteren Tatsache, daß sie auf die Frage des Zeugen H. ihm nicht sofort auch die Leberwürste, sondern andere Speisen angeboten hat.

Das angefochtene Urteil wurde daher bezüglich der Ehefrau T. aufgehoben; diese wurde wegen Vergehens gegen § 10² N.-M.-G. zu 5 M. Geldstrafe verurteilt. Bezüglich des Ehemanns T. wurde die Berufung des Amtsanwalts verworfen.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Fürth vom 11. Juni 1904 wider den Privatier G. W. und dessen Ehefrau K. W., beide zu M. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 486*.) — Die Angeklagten haben als frühere Inhaber eines Metzgergeschäfts in den Jahren 1900 bis 1902 den Belastungszeugen H. als Lehrling beschäftigt. Letzterer hielt in der Hauptverhandlung zunächst die Beschuldigung, daß in die Stadtwürste der W. Mehl hineingekommen, nicht mehr aufrecht. Ferner ist es nach dem Gutachten des Bezirkstierarztes in M. allgemein üblich und bekannt, daß den Stadtwürsten, welche in der Hauptsache aus Schweinefleisch bestehen, als Bindemittel Rind- und namentlich Kalbfleisch beigelegt wird. Daß die Angeklagten ein krankes Kalb verwurstet haben, beruht nach Aussage des Bezirkstierarztes in der Phantasie H.'s, welcher das Aussehen des Fleisches eines an Gelbsucht erkrankten Kalbes nicht richtig anzugeben weiß. H. hat das Fleisch erst einen vollen Tag nach der Schlachtung gesehen. Wie der Sachverständige begutachtete, nimmt aber die an dem Fleische haftende Muskelhaut bald eine gelbliche Färbung an, die jedoch auf die Güte des Fleisches ohne Einfluß ist. H. hielt des weiteren die Beschuldigung nicht aufrecht, daß W. das geschlachtete Kalb vor dem Fleischbeschauer verborgen gehalten habe. Seiner berichtigten Aussage gegenüber, daß ungeschleimte Därme mehrmals zu Würsten — nicht spez. zu Knack- und Stadtwürsten — verwandt wurden, stellte das Gericht durch den Sachverständigen fest, daß bestimmte, dünnere Därme überhaupt nicht geschleimt werden, z. B. solche zu Brat- und Leberwürsten. Die Angeklagten wurden daher freigesprochen. (§§ 12, 10 N.-M.-G.)

K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Weiden vom 14. Mai 1904 wider den Metzger E. in W. betr. Wurstfälschung. — (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 486*.) — Eine von der Königlichen Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel zu E. entnommene Probe Fleischwurst enthielt 1,51%, eine Probe Knackwurst 1,55% Mehlsatz, welchen E. auf die am 26. Februar 1904 vorgenommene Beimengung von 3 Pfund Leberkäsebrat zum Brat der Knack- und Fleischwürste zurückführte. Der Mehlsatz zu Leberkäse ist allgemein üblich und den Käufern bekannt. Beides ist, wie E. wußte bei den Fleisch- und Knackwürsten nicht der Fall. Letztere hat aber E. unter Verschweigung des Zusatzes, also als reine unverfälschte Fleischware verkauft und auch schon mit diesem Vorsatze hergestellt. E. wurde deshalb wegen Vergehens gegen § 10¹ und ² N.-M.-G. zu 3 M. Geldstrafe verurteilt.

K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Hof vom 13. Juni 1904 wider den Metzger B. zu W. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 486*.) — B. gab zu, im März 1904 der zur Schinkenwurst bestimmten Masse von 16 bis 17 Pfund Schweinefleisch $\frac{1}{2}$ Pfund Kartoffelmehl beigelegt und die so hergestellten Würste feilgehalten und auch davon verkauft zu haben. Die Untersuchungsanstalt zu E. hat demzufolge auch in einer Probe Schinkenwurst Kartoffelmehl festgestellt. Durch diesen Zusatz, welcher nicht aus Fleisch, sondern aus einer größeren Menge fremder vegetabilischer Substanz bestand, hat aber B. die Wurst bewußt gefälscht. Er wurde deshalb wegen Vergehens gegen § 10¹ und ² N.-M.-G. zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.

K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Schweinfurt vom 15. April 1903 wider die Metzgersfrau H. und deren Metzgergehilfen S., beide zu K. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 486*.) — Am 19. November 1902 fand Prof. Dr. R., Vorstand der Untersuchungsanstalt in W., gelegentlich einer Besichtigung der H.'schen Metzgerei, welche damals während einer Erkrankung des Ehemanns H. von der angeklagten Ehefrau geleitet wurde, daß die Wurstmaschine und Säge, mit welchen die zum Verkauf hergestellten Fleischwaren zubereitet wurden, nicht rein waren, daß ferner die Wände des Metzgerladens, in dem das verkäufliche Fleisch und die Wurstwaren aufbewahrt und ausgehackt wurden, schmutzig aussahen und von Fett und Blut besudelt waren.

Diese Unreinlichkeit war die Folge davon, daß schon mehrere Tage seit der letzten gründlichen Reinigung und seit der Verwendung der Werkzeuge der Schmutz nicht entfernt war. Da die H. für den Geschäftsbetrieb verantwortlich war, wurde sie auf Grund obigen Befundes einer Übertretung in bezug auf Gesundheit nach Art. 75 Pol.-St.-G.-B. mit § 9 der oberpol. Vorschriften vom 25. Juni 1891 für schuldig befunden und zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Ferner fand sich in aus dem Laden entnommenen Knackwürsten bei der vorgenommenen Untersuchung ein Zusatz von Kartoffelmehl in Höhe von 1,28%. Der Angeklagte S. hat zugestanden, dieses Kartoffelmehl ohne Kenntnis der Dienstherrschaft dem Wurstteig zugesetzt zu haben, da das zur Wurst verarbeitete Schweinefleisch zu wässrig und zu weich gewesen sei, und er zur Haltbarkeit der Masse diesen Kunstgriff habe anwenden müssen. Nach dem Bekunden des Dr. R. ist der Zusatz von solchem Mehl kein normaler Bestandteil der Würste, letztere sind auch ohne diesen Zusatz herzustellen. Die Beimengung ermöglicht nur die Verwendung schlechten Fleisches ohne Bindekraft, indem der sich bildende Kleister diese Bindekraft ersetzt. Durch den Mehlsatz erfährt die Wurst eine Gewichtserhöhung, da die Stärke durch Wasseraufnahme schwerer wird. Es wird aber auch die Wurst an sich bezüglich ihres Nährwerts geringwertiger, und das Publikum wird geschädigt; auch die Haltbarkeit der Würste wird gemindert, weil die Säure des Kleisters auf die Wurst im ganzen sich ausdehnen und Wurstgift bewirken kann. S. hat daher durch Zusatz des Kartoffelmehls in dem festgestellten Maße die Würste verschlechtert und ihnen den Schein verliehen, als enthielten sie lediglich die Fleisch- und Gewürzstoffe, welche das Publikum als Bestandteil ordnungsgemäß hergestellter Würste erwartet, also mit Ausschluß der weder üblichen noch etwa vom Publikum geduldeten Kartoffelmehlsätze. Er hat sohin zum Zweck der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungsmittel verfälscht. S. wurde daher eines Vergehens gegen § 10¹ N.-M.-G. für schuldig befunden und zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Schöffengerichts Aschaffenburg vom 4. Februar 1904 wider den Gastwirt und Metzger L. in K. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 487*.) — L. hat im Jahre 1903 wiederholt Fleischwürste und weißen Preßsack mit 1½ bis 2% Mehlsatz hergestellt und unter Verschweigung des Zusatzes verkauft. Er setzte insbesondere den Würsten immer dann Kartoffelmehl zu, wenn das Fleisch wässrig, also minderwertig war, um eine richtige Bindung der Fleischmasse zu erzielen. Nach dem Zeugen und Sachverständigen W. wurde aber auch durch den Mehlsatz beim Sieden Wasser in reicherm Maße gebunden. Das Stärkemehl wie das darin in reichlicheren Mengen gebundene Wasser haben aber einen geringeren Wert als Fleisch und andere Bestandteile des tierischen Körpers, aus welchen — abgesehen vom Gewürz — die Wurst lediglich bestehen durfte. Durch diese minderwertigen Bestandteile wurde die Wurst in einer den normalen Genußwert verringern den Weise geändert, während sie durch den Mehlsatz den Anschein normaler Beschaffenheit erhielt. Der von L. behauptete allgemein übliche Geschäftsgebrauch des Stärkemehlsatzes besteht aber, soweit wenigstens die Erfahrungen W.'s reichen, im ganzen Regierungsbezirk und insbesondere im Bereiche des Bezirksamtes Aschaffenburg nicht. L. wurde deshalb wegen Vergehens gegen § 10¹ und ² N.-M.-G. zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Eichstätt vom 5. Nov. 1901 wider den Metzger und Gastwirt S. zu B. und den Metzger L. zu K. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 487*.) — Dr. v. R., Oberinspektor der Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel in E., nahm am 10. Juli in B. und am 11. Juli 1901 in K. eine Lebensmittelkontrolle vor. Hierbei erschienen ihm bei S. sogen. Leoniwürste und Blutpreßsack und bei L. Knackwürste verdächtig, unter Zusatz von Mehl oder mehligartigen Substanzen hergestellt zu sein, weil die mit Jod befeuchteten Teile eine blauschwarze Färbung annahmen. Es wurden daher zur weiteren Untersuchung Proben der erwähnten Würste und des Preßsacks mitgenommen. Die mikroskopische Untersuchung der Proben ergab, daß S. den Leoniwürsten beträchtliche Mengen Reismehl und dem Blutpreßsack Brot (Semmel), L. aber den Knackwürsten einen sehr starken Zusatz von Cerealienmehl beigemischt hatte. Wie der Sachverständige bekundet und auch erfahrungsgemäß feststeht, erfolgt der Zusatz von Mehl oder Brot zu Wurstwaren, um denselben ein schöneres Aussehen zu geben und um ausgetrocknete Fleischreste, die keine Bindekraft mehr haben, zur Wursterzeugung verwenden zu können. Die Würste erhalten durch Beimengung von Mehl oder Brot ein pralles Aussehen, quellen beim Kochen auf und zeigen einen schönen, glatten Anschnitt; sie nehmen beim Kochen aber auch erhebliche Mengen Wasser auf, welches gebunden wird und eine große Menge Kleister bildet. So ergibt nach dem Gutachten Dr. v. R.'s der von S. eingeräumte Zusatz von ½ Pfund Reismehl zu 15 Pfund Würsten schon 30 bis 40% Kleister.

Zur Wursterzeugung soll nur frisches Fleisch genommen werden, welches genügende Bindekraft besitzt und keines Mehlsatzes bedarf; die Beimischung von Mehl oder Brot gestattet aber, auch alte ausgetrocknete Fleischreste zur Herstellung von Würsten zu verwenden. Mag nun der Zusatz von Mehl oder Brot stattfinden, um den Wurstwaren größere Mengen

von Wasser einverleiben oder um nicht bindefähiges Fleisch gebrauchen zu können, in beiden Fällen geschieht die Beimengung zum Zwecke der Täuschung des Publikums, welches im reellen Verkehr nur solche Wurstwaren zu erhalten erwartet, welche, abgesehen vom Gewürzzusatz, lediglich aus tierischen Bestandteilen zusammengesetzt sind. Die Wurstwaren werden durch Beimengung von Mehl oder Brot minderwertig, besitzen einen geringeren Nährwert und sind als verfälscht zu erachten; bei längerer Aufbewahrung können sie sogar gesundheits-schädlich werden, weil durch den Zusatz von Kleister der Gärung und Zersetzung Vorschub geleistet wird. Die Angeklagten wurden deshalb je eines Vergehens gegen § 10¹ und ² N.-M.-G. für schuldig befunden und S. zu 40 M., L. schon vorbestraft, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt; nach § 16 a. a. O. wurde auch die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung angeordnet.

K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Eichstätt vom 24. März 1902 wider den Metzger H. in W. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 487*.) — Am 19. Dezember 1901 wurde bei H. eine Lebensmittelkontrolle vorgenommen. Bei der sogen. Stadtwurst zeigten sich mehlhaltige Substanzen, und wurde deshalb ein größeres Stück derselben als Probe zur weiteren Untersuchung mitgenommen. Diese ergab, daß der Wurst ein ziemlich reichlicher Zusatz von Mehl beigemengt war. Der Zusatz von Mehl dient bekanntlich dazu, einerseits eine größere Menge Wasser in der Wurst zu binden, also das Gewicht der Wurst zu erhöhen, andererseits um altem Fleisch, welches nicht mehr verkäuflich ist, die verlorene Bindekraft wiederzugeben, also auch solches Fleisch noch zur Wurstfabrikation verwenden zu können.

H. wendete ein, daß ihm zur Zeit der Anfertigung der Stadtwurst vom Leberkäse, welchem Mehl beigemengt werden dürfe, eine hierzu bestimmte Mischung übrig geblieben sei, und um diese nicht verderben zu lassen, habe er dieselbe in die Stadtwurst hineingemengt. Die hierzu verwendete Menge Mehl habe vielleicht einen Wert von 0,10 M. gehabt. Die Wurst sei von seiner Frau unter Verschweigung der Tatsache, daß der Wurst Mehl beigemengt sei, verkauft worden. Er habe vergessen, seiner Frau zu sagen, daß sie diese Wurst nicht verkaufen solle, als er geschäftlich anderswohin habe fahren müssen.

Dem Gericht erscheint es aber zweifellos, daß H. der Wurst vorsätzlich Mehl beigemengt hat, um mehr Wasser zusetzen zu können, also der Wurst ein größeres Gewicht zu verleihen und nun die so hergestellte Wurst dann in seinem Geschäfte durch seine Ehefrau als Gehilfin unter Verschweigung des Umstandes, daß der Wurst Mehl beigemengt sei, verkaufen zu lassen. H. wurde deshalb wegen Vergehens gegen § 10¹ und ² N.-M.-G. zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.

K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Eichstätt vom 1. August 1902 wider den Metzger und Gastwirt O. in P. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 488*.) — Am 13. Mai 1902 wurden durch den Vorstand der Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel in E., Dr. v. R., die im Laden des O. befindlichen, zum Verkaufe bestimmten Wurstwaren untersucht. Hierbei hat sich ergeben, daß O. seine Schinkenwurst und Stadtwurst unter Zusatz von viel Mehl herstellt. Das bestätigt auch der Zeuge B., der über 1 Jahr lang vom 1. Juni 1901 an bei O. als Metzgergeselle beschäftigt und demselben während dieser Zeit bei der Herstellung der Wurstwaren behilflich war. Nach der Aussage dieses Zeugen hat O. im Monat August 1901 angefangen, der von ihm hergestellten Schinken- und Stadtwurst Mehl zuzusetzen. Anfänglich wurde gewöhnliches Mehl hierzu genommen, seit Januar 1902 Kartoffelmehl. In der Regel betrug der Zusatz bei 30–40 kg Stadtwurst 0,75 kg Mehl und bei 16,5–17,5 kg Schinkenwurst 0,25 kg Mehl. Der Mehlezusatz erfolgte in der Regel nur dann, wenn das zu den Würsten bestimmte Fleisch sich nicht recht binden wollte, kam aber auch dann vor, wenn dieser Mangel dem Fleischfüßel nicht anhaftete, jedoch war in solchen Fällen der Mehlezusatz etwas geringer. Es kam, wenn sich das Wurstfleisch gut binden ließ, auf 30–40 kg Stadtwurst bloß ein Mehlezusatz von 0,5 kg, in die Schinkenwurst kam überhaupt öfters gar kein Mehl. Die beiden Wurstsorten wurden von O. in seinem Geschäfte dem allgemeinen Verkauf unterstellt, ohne daß die Käufer auf den Mehlezusatz aufmerksam gemacht wurden. O. will einen Mehlezusatz immer nur dann gemacht haben, wenn sich das zu Wurst bestimmte Fleisch nicht gut binden ließ, auch will er der Meinung gewesen sein, daß es gesetzlich erlaubt sei, einen gewissen Prozentsatz der Wurstmasse beizumengen. Diese Einwendungen erscheinen durch die Beweisaufnahme widerlegt. Verfälschung eines Nahrungsmittels liegt nun in der Regel dann vor, wenn dasselbe durch Entnehmen oder Zusetzen von Stoffen verschlechtert oder wenn demselben der Schein einer besseren Beschaffenheit gegeben worden ist. Das Gesetz setzt bei den Nahrungsmitteln, welche in den Handel und Verkehr gebracht werden, eine gewisse normale Beschaffenheit voraus und straft als Fälscher denjenigen, welcher zum Zwecke der Täuschung durch seine Tätigkeit diese Beschaffenheit verschlechtert oder eine vorhandene Verschlechterung verdeckt. (Vgl. Entsch. des Reichsger. Bd. XVII S. 99.) Im Handel und Verkehr versteht man unter Wurst ein Gemengsel, das lediglich aus Fleisch und Gewürz besteht. Wenn dieser Masse

noch weitere feste Bestandteile zugesetzt werden, so wird dadurch ein Produkt erzielt, welches von dem, was man im Verkehr unter Wurst versteht, abweicht. Dazu kommt noch, daß selbst kleine Mengen Stärkemehles oder auch gewöhnlichen Mehles beim Kochen mit Wasser eine große Quantität des letzteren aufnehmen, so daß auf diese Weise eine große Menge Wasser in die Wurst gebracht werden kann, ohne daß diese das Aussehen einer normalen Wurst verliert. Durch den Zusatz von Mehlkleister wird aber nicht nur der Nährwert der Wurst vermindert, sondern dieselbe kann auch leicht gesundheitsgefährlich werden, weil der zugesetzte Kleister einer Gärung und Zersetzung Vorschub leistet. O. hat die von ihm durch Zusatz von Mehl verfälschte Wurst, ein Nahrungsmittel, als Fleischwurst verkauft und damit das kaufende Publikum getäuscht. Er hat ferner die verfälschten Wurstwaren unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft.

Das Verfälschen der Ware und das nachträgliche Verkaufen derselben bilden jedoch getrennte, selbständige Handlungen, weshalb die beiden fortgesetzten Vergehen, deren sich O. schuldig gemacht hat, unter sich nach § 74 St.-G.-B. sachlich zusammenfließen. (Vgl. Entsch. des Reichsger. Bd. X S. 198.) O. wurde deshalb zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. (§ 10¹ u. ² N.-M.-G.)

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Obersten Landesgerichts München vom 4. September 1903 wider den Metzgermeister O. in Z. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Gesundh.-Amt. 1905, 6, 509*.) — O. war durch Urteil des Landgerichts Zweibrücken vom 27. Mai 1903 wegen Vergehens gegen § 10¹ u. ² N.-M.-G. zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Die von ihm gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde aus folgenden Gründen verworfen:

Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts, durch welches der Angeklagte wegen eines fortgesetzten Vergehens gegen § 10¹ u. ² N.-M.-G. in eine Geldstrafe verurteilt wurde, hat derselbe in der Zeit vom Mai bis November 1902 die von fünf Faseln und einem Rinde herstammenden Häute, nachdem er sie in einen Brei verwandelt hatte, zur Zubereitung von Blutwürsten verwendet, sodaß der Zusatz etwa $\frac{1}{10}$ der Wurstfüllung ausmachte, obwohl er wußte, daß die normalen Bestandteile der Blutwurst nur Blut, Speck von Schweinen und Gewürze bilden, und daß zwar allgemein üblich als Bindemittel klein gemahlene Schweine-schwarte, nicht aber die Haut größerer Schlachttiere, wie von Kühen, Faseln und Rindern verwendet wird, und daß die Haut solcher Schlachttiere zu den normalen Bestandteilen der Blutwurst nicht gehört.

Die gegen das Strafkammerurteil vom Angeklagten eingelegte Revision, welche die Verletzung des § 10¹ u. ² a. a. O. sowie allgemeinrechtlicher Grundsätze rügt, ist nicht begründet. Blutwurst ist, weil sie vom Menschen zum Zwecke seiner Ernährung genossen wird, ein Nahrungsmittel. Verfälschung eines Nahrungsmittels liegt vor, wenn dasselbe einen Zusatz enthält, welcher der normalen Beschaffenheit der Ware nicht entspricht, und wenn der Zusatz in den Augen der Verzehrenden den Genußwert der Ware als Nahrungsmittel verringert (vgl. Rechtspr. des Reichsger. Bd. 4 S. 174). Beide Erfordernisse des § 10¹ a. a. O. sind von der Strafkammer bedenkenfrei festgestellt. Diese Feststellung entzieht sich nach § 376 mit § 260 St.-P.-O. der Nachprüfung des Revisionsgerichts. Nach der weiteren Annahme des Berufungsgerichts hat der Angeklagte die Beimischung der zerkleinerten Faselhäute unter den normalen Wurstbrei und damit die Verfälschung der Blutwurst beim Feilhalten und Verkauf derselben den Abnehmern verschwiegen, dabei aber gewußt, daß diese jenen Beisatz nicht wollten, und sie in den Glauben versetzt und versetzen wollen, die von ihm zubereitete Blutwurst besitze die normalen Bestandteile und die von den Abnehmern erwartete normale Beschaffenheit. Damit sind auch die Tatbestandsmerkmale des § 10² a. a. O. erschöpfend festgestellt. Auch das Bewußtsein des Angeklagten, daß Faselhäute zu den normalen Bestandteilen der Blutwurst nicht gehören, und daß in den Augen der Verzehrenden der Genußwert einer Blutwurst mit einem solchen Zusatz verringert sei, liegt nach der Annahme der Strafkammer vor. Hatte der Angeklagte sich in einem Irrtum darüber befunden, was unter dem Begriffe „Verfälschen“ im Sinne des § 10¹ a. a. O. zu verstehen sei, so erweist sich dieser Irrtum als ein solcher über das Strafgesetz und nicht über einen Tatumstand, der zum gesetzlichen Tatbestand gehört, schließt daher die Strafbarkeit des Angeklagten nicht aus. Durch die Annahme, daß derselbe schon bei der Verwendung der ersten Faselhaut den Vorsatz hatte, auch ferner Faselhäute zur Bereitung von Blutwürsten zu verwenden, und daß die beiden Vergehen aus Nr. 1 und 2 des § 10 N.-M.-G. unter sich in innerem Zusammentreffen stehen, ist der Angeklagte nicht beschwert. Da derselbe schon mit Recht, wie geschehen, verurteilt wurde, und eine Gesetzesverletzung in dem angefochtenen Urteil nach keiner Richtung zu finden ist, war seine Revision nach § 505¹ St.-P.-O. unter Verurteilung des Beschwerdeführers in die Kosten des Rechtsmittels zu verwerfen.

K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts München I vom 3. Januar 1903 wider den Metzgermeister E., dessen Ehefrau Th. E. und den Metzger und Gastwirt B., sämtlich zu P., betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Gesundh.-Amt.

1905, 6, 509*.) — Die P.'er Schloßbrauerei bezog für ihre Kantine bis Mitte August 1902 von den E.'schen Eheleuten Fleisch- und Wurstwaren, stellte dann aber diesen Bezug ein, weil wiederholt Klagen über Lieferung schlechter Ware, insbesondere stinkender Würste, laut geworden waren. Auf Anordnung des Braumeisters mußte die Köchin G. darauf diese Waren von B. kaufen. Am 29. August 1902 morgens beauftragte die G. den B. mit der Lieferung von geräucherten Würsten zum Preise von 5 Mk. B. hatte keine Würste vorrätig und ließ daher, um die Kundschaft zu befriedigen, durch seine Tochter zwischen 7 und 8 Uhr morgens für 8 Mk. geräucherte Wurst aus dem E.'schen Geschäfte holen. Das Mädchen brachte die Würste, dick- und dünn geselchte durcheinander, in einem Korbe nach Hause. B. entnahm hier dem Korbe 36 Stück Würste zum Preise von 3 Mk. und verwendete sie teils für seine Dienstboten, teils verkaufte er sie an Gäste in seiner Wirtschaft, den Rest zum Preise von 5 Mk. schickte er in die Kantine der Schloßbrauerei. Die G. legte ohne weitere Prüfung der Güte einen Teil der Würste sofort in einen Kessel mit heißem Wasser, tat dann dieselben heraus und verabreichte sie den Bräuburschen, die aber die Würste alsbald als ungenießbar und stinkend zurückgaben mit dem Bemerken, daß es die nämlichen Würste seien, wie die vor 14 Tagen geliefert, die damals nach der Rückgabe von den Eheleuten E., wie sie selbst vorbrachten, als Hundsessen verwendet wurden. Die Köchin prüfte nun selber die Würste und fand, daß sie stanken und einen „schmickelnden“ Geschmack hatten. Nach ihrer Ansicht war altes Wurstbrat zur Zubereitung verwendet. B. nahm die Würste ohne Widerrede zurück und nahm den Schaden auf sich, ohne die E.'schen Eheleute hierfür in Anspruch zu nehmen. Ein Bräubursche trug die ihm von der G. verabreichte Wurst sofort auf die Gendarmeriestation und erstattete Anzeige. Gegen 12 Uhr mittags entnahm Gendarm M. in der Kantine der Schloßbrauerei noch 2 weitere Würste dieser Sendung und schickte sämtliche Proben an die Mü.'er Untersuchungsanstalt. Nachmittags gegen 4 Uhr untersuchte Bezirks- und Obertierarzt S. die 3 Würste und stellte fest, daß sie zwar nicht gesundheitsschädlich, wohl aber verdorben waren, d. h. sich in einem für den menschlichen Genuß ungeeigneten Zustande befanden, und daß letzterer schon zu der Zeit, als die Würste in der Kantine beanstandet wurden, vorhanden gewesen ist. Sie zeigten auf der Haut schon äußerlich einen schmierig schimmeligen Belag, der von vorneherein den Verdacht des Verdorbenseins erweckte, und hatten einen deutlich wahrnehmbaren, üblen, muffigen und moderigen Geruch, der bei ihrem Aufschneiden intensiv hervortrat. Dagegen war der Geschmack der Würste nur unmerklich muffig, fast normal. Sie waren so stark gewürzt, daß der Geschmack der Wurstmasse gar nicht recht zum Vorschein kam, sodaß S. zur Anschauung gelangte, daß das starke Würzen bei der Herstellung der Würste nur zur Verbergung der verdorbenen Beschaffenheit der Wurstmasse diene. Die Ammoniakreaktion ergab, daß das Wurstbrat in Zersetzung übergegangen war, und zwar schon, bevor die Würste gemacht wurden. Der verdorbene Zustand der Würste war nach der Überzeugung des Sachverständigen ein derartiger, daß er einem Fachkundigen unmöglich entgehen konnte.

Die Angabe der Angeklagten, die fraglichen Würste beim Verkauf nicht für verdorben gehalten zu haben, ist durch die Beweisaufnahme für widerlegt erachtet. Das Gericht hat vielmehr als erwiesen angenommen, daß die Angeklagten die verdorbene Beschaffenheit der Würste schon beim Verkauf gekannt, letztere aber trotzdem unter Verschweigung dieses Umstandes als gute Ware veräußert haben. Die Angeklagten wurden deshalb je eines Vergehens gegen § 10² N.-M.-G. für schuldig befunden und E. zu 300 Mk., Th. E. zu 60 Mk., B. zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt; nach § 16 a. a. O. wurde die Verurteilung öffentlich bekannt gemacht.

K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts München I vom 5. Dezember 1903 wider die verhehelichte Reisende B. in M. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Gesundh.-Amt. 1905, 6, 510*.) — Am 10. Juni 1903 vormittags 10 Uhr beschlagnahmte Bezirksinspektor S. im G.'schen Wurstwarengeschäft, welches von der B. vertretungsweise selbständig geführt wurde, 2 ausliegende Stücke Göttinger Blasensinken im Gewichte von 320 und 350 g. Städtischer Bezirkstierarzt Bl. begutachtete auf Grund der am gleichen Tage vorgenommenen Untersuchung, daß die Wurst z. Z. der Beschlagnahme im deutlich sichtbaren Zustande der Zersetzung, vollständig verdorben und geeignet war, beim Genuß die menschliche Gesundheit zu beschädigen. Die B. bestritt, die Wurst wissentlich feilgehalten zu haben. Als sie die verdorbene Ware entdeckte, sei sie an deren Entfernung verhindert worden, da andauernd Leute zum Einkauf gekommen seien. Wie die Zeugin K., welche um jene Zeit Göttinger Wurst gekauft hat, bestätigte, hat die B. statt der ihr ursprünglich zugeordneten Wurst, als sie deren Verdorbenheit wahrnahm, ihr eine andere, gute Wurst gegeben. Bei dieser Sachlage erachtete das Gericht eine wissentliche Verfehlung nicht für vorliegend. Die B. hatte aber die ihr täglich obliegende Prüfung am 10. Juni nicht rechtzeitig vorgenommen und hierdurch das Ausliegen der verdorbenen Ware fahrlässig verschuldet. Sie wurde deshalb wegen Vergehens gegen § 14 N.-M.-G. zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt.

K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Straubing vom 12. Oktober 1904 wider den Metzger N. zu S. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Gesundh.-Amt. 1905, 6, 510*) — Dem N. ist nach der Anklage zur Last gelegt, daß er in seinem Metzgereibetriebe seit Ende 1901 bis in die jüngste Zeit zur Herstellung von Würsten, insbesondere von Leber-, Speck- und Streichwürsten, sogen. Sauzuchten, Darmzipfel, auf den Boden gefallenes, beschmutztes und sodann nicht wieder gereinigtes Fleischgemengsel, von der Dungstätte zusammengesuchte Fleischabfälle, diese nach vorheriger Reinigung, sog. Saunäbel und Schweinstrachten verwendet habe, obwohl solche Fleischbestandteile überhaupt oder in der Beschaffenheit, welche ihnen bei der Verarbeitung eigen gewesen sei, zur Wurstbereitung regelmäßig nicht verwendet werden, und deren Verwendung das Publikum allgemein auch nicht erwartet. Ferner soll N. auch schlecht gewordene, in Zersetzung begriffene Leber-, Speck- und Hartwürste, deren gesundheitsschädliche Beschaffenheit ihm bekannt gewesen sei, mit frischem Fleische zu neuen Würsten verarbeitet und diese dann feilgehalten und verkauft haben. Wie der Sachverständige, Bezirkstierarzt H., bekundet hat, sind derartige Fleischteile wie sogen. Sauzuchten, Schweinstrachten, Saunäbel u. a. ekelerregend, wenn auch nicht gesundheitsschädlich. Eine Verwendung solchen Fleisches zur Herstellung von Würsten oder anderen Charkutierwaren müsse als eine Verfälschung dieser Waren bezeichnet werden, da schlechtere Bestandteile in die Waren gebracht würden, als nach dem äußeren Anschein zu vermuten sei, und als das Publikum erwarte. Im gleichen Sinne äußerte sich auch Landgerichtsarzt Dr. E. zu S. — N. bestritt entschieden, jemals derartig ekelerregende Fleischbestandteile und schlecht gewordene Würste zur Herstellung von Charkutierwaren und frischen Würsten verwendet zu haben. Durch die Beweisaufnahme konnte ihm auch nicht das Gegenteil nachgewiesen werden. Die ihn belastenden Zeugen sind früher bei N. in Stellung gewesen und in Feindschaft von ihm gegangen. Ihre Wahrheitsliebe vorausgesetzt, wurden trotzdem ihre Bekundungen nicht als zur Überführung N.'s geeignet befunden, da keiner der Zeugen in dieser Beziehung ein auch nur einigermaßen sicheres Wissen und eigene Wahrnehmungen behauptete, sondern nur Vermutungen angeben konnte. Erwog man schließlich, daß nach übereinstimmender Aussage des Zeugen und Sachverständigen H., sowie der Zeugen Rechtsrat Eg., Kriminalwachmeister Re. und Bierbrauer Ge. im Geschäftsbetriebe N.'s stets eine ganz hervorragende Reinlichkeit geherrscht hat und herrscht, sodaß die genannten Personen sich veranlaßt sahen, dem Geschäftsbetriebe N.'s vollste Anerkennung zu zollen, und daß der Sachverständige H. es geradezu als ein psychologisches Rätsel bezeichnet, wenn N. getan haben sollte, was ihm zur Last gelegt ist und was ihm keinerlei nennenswerten Vorteil bringen konnte, so konnte sich eine richterliche Überzeugung dafür nicht bilden, daß N. wirklich das getan hat, was ihm von den Belastungszeugen nachgeredet ist. N. erschien daher nicht des Vergleichens gegen §§ 10, 12 N.-M.-G. für überführt und wurde freigesprochen. K. v. Buchka.

Bayern. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Regensburg vom 2. Oktober 1901 wider den Metzgermeister S. zu R. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amt. 1905, 6, 511*) — Nach Aussage der Metzgergehilfen M., F. und Mi. hat S. in der Zeit von Mai 1899 bis April 1901 regelmäßig die sogen. Trachten der in seinem Geschäftsbetrieb geschlachteten weiblichen Schweine im Gewicht bis zu 1 Zentner dem „Wurstzeug“, aus dem insbesondere Leberwürste gemacht wurden, beigemengt und so den oben genannten Zeugen zur weiteren Verarbeitung übergeben. Diese haben hieraus dann Würste hergestellt, welche S. in seinem Laden feilgehalten und verkauft hat. S. gab an, dies nicht für etwas Unrechtes gehalten zu haben. Die Zeugen haben die Leberwurst, von der sie wußten, daß etwas von einer Tracht hineingekommen war, aus Ekel nicht gegessen. Nach den Gutachten des Obertierarztes Ma. zu Mü., der Bezirkstierärzte und Schlachthofsdirektoren H. zu St. und Hü. zu R. steht folgendes fest: „Die Trachten, das sind die Geschlechtsteile weiblicher Schweine, besitzen keinen Nährwert. Auch die Trachten von Tieren, die noch nicht geboren haben, sind als ekelerregend zu erachten. Denn im Tragsack und in der Scheide befindet sich ein glasiger Schleim, der nach der Scheide zu einen üblen Geruch hat. Die gewundene Form der Trachten schließt die Möglichkeit einer gründlichen Reinigung der Schleimhaut, wie sie bei der Zubereitung der Magenwandungen als Kuttelfleck geschieht, aus, sodaß die Trachten, wenn sie verarbeitet werden, samt dem schleimigen Inhalt verarbeitet werden müssen. Die Trachten sind daher wegen ihres widerlichen Aussehens, wegen ihrer schleimigen Beschaffenheit und der in ihnen vorkommenden Substanzen als zum menschlichen Genuß ungeeignet zu erachten.“ Es folgt daraus, daß Trachten nicht in zum menschlichen Genuß bestimmte Würste gehören, und zwar nicht bloß nach Ansicht der Sachverständigen, sondern nach der allgemeinen Anschauung des Würste kaufenden und essenden Publikums. Wie den Metzgergehilfen des S., so wird auch jeden anderen der Empfindung des Ekels überhaupt noch fähigen Menschen vor Würsten ekeln, von denen er weiß, daß solche Bestandteile darunter gemengt sind. Niemand wird eine solche Wurst gerne essen, geschweige denn kaufen. Dessen muß sich S. bewußt gewesen sein. Durch die Beimengung solcher nährwert- und geschmackloser, ekelhafter Bestandteile erspart der Wurstfabrikant das gute Material, das zur Verarbeitung in die Würste

gehört. Ein solches Verfahren ist nur damit zu erklären, das es behufs Ersparung von Produktionskosten, also in Gewinnabsicht geschieht. Es sind demnach Würste, in welche Trachten verarbeitet sind, als gefälscht im Sinne des § 10¹ N.-M.-G. zu erachten. S. wurde deshalb zu 1 Woche und 100 M. Geldstrafe verurteilt.

K. v. Buchka.

Württemberg. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Ellwangen vom 17. September 1902 wider den Metzger und Traubenwirt K. zu W. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. d. Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 492*.) — Durch Urteil des Schöffengerichtes zu Welzheim vom 16. August 1902 ist K. nicht eines Vergehens gegen § 10¹ und ² N.-M.-G. für überführt erachtet und freigesprochen worden. Gegen dieses Erkenntnis hat die Amtsanwaltschaft Berufung eingelegt. K. hat, wie in der Berufungsinstanz festgestellt wurde, seit Jahren dem Brät, aus welchem die sogen. roten Würste verfertigt werden, Kartoffelmehl zugesetzt. Weniger Kartoffelmehl wurde zu dem Brät für Schinkenwürste und am wenigsten und seltensten wurde solches zu dem Brät für Bratwürste verwendet. Die Anklage erblickt in dieser Beimengung von Kartoffelmehl zum Wurstbrät und dem Verkauf der daraus bereiteten Würste ein Vergehen nach § 10¹ u. ² N.-M.-G., indem sie davon ausgeht, daß der erwähnte Mehlsatz zu dem Wurstbrät zum Zwecke der Täuschung der Konsumenten genommen worden sei, und die Wurst durch den Zusatz eine Verschlechterung erlitten habe. Zu seiner Verteidigung führte K. an, daß ihm zur Wurstbereitung das Fleisch von Faren und alten Kühen, welches mager und zäh sei und deshalb selbst die nötige Bindekraft und die Fähigkeit besitze, Wasser aufzunehmen, in W. selten zur Verfügung stehe, daß er vielmehr fast stets das Fleisch jüngerer Rinder verarbeite. Dieses sei aber sehr fett und binde daher schlecht, außerdem sei es gerade deshalb unfähig, Wasser aufzusaugen. Wasser aber müsse zu jedem Wurstbrät genommen werden, um der Wurst die erforderliche Milde und Saftigkeit zu verleihen, andernfalls sei die Wurst rau und schmecke wie Stroh. Wenn er nun aus dem ihm zur Verfügung stehenden Fleisch eine dem Publikum zusagende Wurst bereiten wolle, so müsse er ein Bindemittel nehmen, welches das Fett aufsauge und zugleich imstande sei, das erforderliche Wasser aufzunehmen. Die Tatsache, daß zu dem Brät für Schinkenwürste und Bratwürste weniger Kartoffelmehl genommen worden sei, erkläre sich damit, daß zu diesen Würsten auch Schweinefleisch genommen werde, welches die dem fetten Rindfleisch abgehende Bindekraft in erhöhtem Maße besitze und nur selten sich zur Wurstfabrikation so wenig eigne, wie ersteres. Das Gericht hat den den K. belastenden Aussagen der Metzgergesellen M. und S., welche im Unfrieden von K. geschieden sind, nicht unbedingten Glauben geschenkt und insbesondere nicht für erwiesen erachtet, daß K. dem Brät mehr Kartoffelmehl zugesetzt hat, als er selbst eingestanden hat. Selbst wenn man aber auch auf den Zeugenaussagen fußen wollte, schien dem Berufungsgericht eine zuverlässige Grundlage für die Feststellung zu fehlen, daß K. die vom Fleischerverband als zulässig befürwortete höchste Grenze von 3% Mehlsatz wissentlich überschritten und vorsätzlich mehr Kartoffelmehl verwendet habe, als dies zum Zweck der Bindung des Bräts erforderlich war, u. z. insbesondere deshalb, weil keiner der Zeugen hat bekunden können, daß dem Wurstbrät Mehl auch dann zugesetzt worden sei, wenn richtiges, gut bindendes Wurstfleisch zur Verfügung stand.

Im weiteren ist die Strafkammer von dem Gedanken ausgegangen, daß K., wenn er zur Wurstfabrikation das Fleisch von jungen Rindern, u. z. die zum Aushauen weniger tauglichen Stücke verwendete, insofern er seine Würste aus einem Fleischmaterial herstellte, welches sich zwar zu den spezifischen Zwecken der Wurstbereitung schlecht eignete und daher ein „schlechtes“ Wurstbrät — im technischen Sinne gesprochen — abgab, aber als Nahrungsmittel für Menschen erheblich höher zu bewerten ist, als das sich wegen seiner Zähigkeit zur Wurstbereitung trefflich eignende Fleisch von Faren und alten Kühen, und daß deshalb die aus gutem Rindfleisch bereiteten Würste trotz eines gewissen Mehlsatzes immer noch denselben Nährwert aufweisen, wie die Würste aus eigentlichem Wurstfleisch. Auch hat man es für glaubhaft erachtet, daß K. dem Wurstbrät Wasser nicht zum Zweck der Vermehrung der Masse, sondern um dasselbe saftig zu machen, und nicht mehr, als zu dem Zweck erforderlich war, beigelegt hat. Hiernach — und zumal die Wurstwaren K.'s in W. einen guten Ruf gewonnen — ließ das festgestellte Sachverhältnis das zum Tatbestand des § 10 N.-M.-G. gehörige Erfordernis der Verfälschung vermissen. Das im Bd. XV S. 161 der Entscheidungen abgedruckte Erkenntnis des Ersten Strafsenats des Reichsgerichts hat die Strafkammer für hierher nicht verwertbar erachtet. Anscheinend stellt sich jenes Urteil auf den Standpunkt, daß bei Bereitung von Würsten, wenn sie zum laufenden Preise der ganz aus Fleisch bestehenden Würste und ohne Aufklärung des Publikums verkauft werden, jeder Zusatz von Mehl schlechthin als strafbar zu erklären sei, sofern nicht derartige Beimengungen auf Grund allgemeinen Herkommens geduldet würden, was im vorliegenden Fall keineswegs zutrifft. Indessen deckt sich jener Fall nach der Auffassung des Berufungsgerichts eben nicht mit dem zur Aburteilung stehenden; im ersteren ist ausdrücklich festgestellt, daß zur Wurstbereitung „dunstiges“, für minderwertig erklärtes Fleisch verwendet und der Mehlsatz zu dem doppelten Zweck beigelegt worden sei, einmal um die geringe Beschaffenheit des Fleisches zu verdecken, und so-

dann um die Wurst für einen ganz erheblichen Wasserzusatz aufnahmefähig zu machen, Momente, die nach dem oben Ausgeführten hier nicht als zutreffend erachtet worden sind. Dort handelte es sich auch um Brät aus Schweinefleisch. Daß K. auch beim etwaigen Verarbeiten von „dunstigem“ Fleisch den Mehlzusatz dazu bestimmt hat, eine vorhandene Minderwertigkeit dieses Fleisches zu verdecken, dafür ergab die Beweisaufnahme ebenfalls keine zu Ungunsten K.'s lautende Feststellung. Die Berufung der Staatsanwaltschaft war daher als unbegründet zu verwerfen.

K. v. Buchka.

Württemberg. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Ulm vom 19. Nov. 1902 wider die Metzgermeister und Wirte W. R. und C. R., beide in G., betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 493*.) — C. R. und W. R. mengten im Frühjahr 1901 dem Wurstbrät zur Herstellung von Bratwürsten versuchsweise das Präparat Albumina bei. C. R. nahm einmal zu 12,5–15 kg Fleisch 80–100 g Albumina, u. z. erst nach dem Zusatz des zu dem Wurstbrät erforderlichen Wassers, sah aber von einem weiteren Versuche ab, weil der erste ihn nicht befriedigte. W. R. gebrauchte, nachdem er von seinem Bruder auf das Mittel aufmerksam gemacht worden war, im Juni oder Juli 1901 zu 35–40 kg Fleisch 500–600 g Albumina und im Februar 1902 zu etwa 17,5 kg Fleisch 100 g Albumina.

Albumina ist ein Erzeugnis der Firma Dr. K. und M., Konservenfabrik in S., und stellt ein Wurstbindemittel in Pulverform vor, welches nicht, worauf die Bezeichnung hinzuweisen scheint, Eiweiß enthält, sondern aus etwa 3–5 Teilen einer gummiartigen Substanz und 1 Teil Borax besteht. Der letztere Stoff hat eine konservierende Wirkung, der erstere die Eigenschaft, eine verhältnismäßig bedeutende Menge Wasser zu binden, sodaß sich bei Mischung des Mittels mit Wasser im Verhältnis von 1:5 eine gallertartige, im Verhältnis von 1:10 eine syrupartige Masse bildet. In den Ankündigungen in den Fachblättern und in den der Ware beigegebenen gedruckten Empfehlungen und Gebrauchsanweisungen ist von dem Mittel gesagt: „Ersetzt sowohl das verbotene Kartoffelmehl, als auch das teure Eiweiß und ist durchaus unschädlich. Bindet und konserviert auf das wirksamste . . . macht die Wurstwaren schnittfest. . . .“ „Je nach der Beschaffenheit des Fleisches nimmt man auf je 5 kg Fleisch 50–80 g Albumina. Dasselbe wird entweder schon vor dem Feinwiegen auf das Fleisch gestreut, oder . . . auf das Wurstbrät trocken aufgestreut. . . . Dann erst wird die nötige Menge Wasser eingearbeitet. Die Zutaten zu der Wurst müssen wie sonst auch genommen werden.“

C. R. und W. R. bestritten, durch die Beifügung von Albumina zu dem Wurstbrät eine Täuschung bezweckt zu haben, und machten geltend, sie haben dieses Mittel im Vertrauen auf dessen von dem Reisenden zugesicherte Zulässigkeit lediglich zu dem Zwecke angewendet, eine schnittfeste Ware zu erzielen; die Eigenschaften des Mittels haben sie nicht gekannt.

Die Sachverständigen Dr. W. und Dr. P. begutachten, daß Albumina in der Tat eine Zusammensetzung habe, vermöge deren es sich dazu eigne, bei mißbräuchlicher Anwendung den Wurstwaren eine das zulässige Maß übersteigende Menge von Wasser zuzuführen. Werde Albumina lediglich zur Erzielung einer schnittfesten Ware benutzt, so sei — sofern die Güte der Ware im übrigen gleich bleibe — eine Fälschung darin nicht zu erblicken. Der Sachverständige Dr. P. führte unter Bezugnahme auf die Kundgebungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes noch weiter aus, daß der zulässige Wassergehalt normaler Wurstwaren ein hoher, nämlich 70% sei. Der Sachverständige M. erklärte endlich, daß infolge der neuerdings sich verbreitenden Verwendung besonderer Fütterungsmittel, namentlich sogen. Mastpulver, das Schweinefleisch häufig zu wässrig werde und nicht „binde“, ohne deshalb als minderwertig bezeichnet werden zu können, und da das einzige zuverlässige Bindemittel, Kartoffelmehl, nicht zulässig sei, so seien die Metzger darauf hingewiesen, sich nach einem erlaubten Ersatz umzusehen. — Das Gericht hat auf Grund der Beweisaufnahme die Überzeugung erlangt, daß beiden Angeklagten ein strafbares Tun nicht nachgewiesen werden kann. Ihre Einwendungen sind durch die Sachverständigen für richtig befunden worden, auch konnte ihnen der Einwand, daß sie der Reisende der Firma Dr. K. und M. über die Zusammensetzung des Mittels belogen habe, und daß sie mit „Albumina“ nur Versuche angestellt haben, durch die Beweisaufnahme nicht widerlegt werden. Das am 1. Oktober 1902 in Kraft getretene Verbot der Borsalze als Zusatz zu Fleisch (R.G.Bl. S. 47/48) ist hier selbstverständlich unerheblich. C. R. und W. R. wurden daher freigesprochen. (§§ 10¹ u. ², 11 N.M.G., § 49 St.G.B.)

Sachsen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Dresden vom 26. Nov. 1900 wider den Fleischermeister L. zu Le betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amt. 1905, 6, 511*.) — Im Dezember 1899 schlachtete L. eine hochtragende Kuh. Den größten Teil des von den Knochen der unreifen Leibesfrucht losgelösten Fleisches verarbeitete er unter Beihilfe seines Gesellen zu Würsten. Dieselben hat er dann, wie Zeuge J. bekundet, unter einwandfreien Fleischwaren in seinem Laden ausgelegt und unter Verschweigung des Umstandes, daß in denselben Fleisch einer unreifen Leibesfrucht enthalten ist, verkauft. Der Sachverständige R. hat begutachtet, daß das Fleisch eines solchen Tieres, da es durch den Tod des Muttertieres in seinem natürlichen Entwicklungsprozesse zum normalen Fleisch gehindert würde, als verdorben erachtet werden muß; es habe einen erheblich geringeren Nahrungs-

wert als normales Fleisch und werde von dem Publikum allgemein auch deshalb zurückgewiesen, weil es berechtigten Ekel vor diesem Fleisch empfindet, der übrigens leicht Übelkeiten verursacht. Hierüber ist sich der Angeklagte bei seiner mehrjährigen Geschäftskennntnis zweifellos klar gewesen. Seine Behauptung, er habe das Kalbfleisch als Hundefutter verbraucht, ist durch die Zeugenaussagen keineswegs bestätigt. Auf Grund der Beweisaufnahme ist das Gericht zu der Überzeugung gelangt, das der Angeklagte sich eines Vergehens gegen § 10² N.-M.-G. schuldig gemacht hat. Er wurde daher zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt; nach § 16 I. c. wurde die Verurteilung öffentlich bekannt gemacht.

K. v. Buchka.

Sachsen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Dresden vom 27. Oktober 1902 wider den Fleischermeister P. und den Fleischergesellen K. zu D. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amt. 1905, 6, 511*.) — Inader Zeit vom 13. bis 21. Juli 1902, in welcher K. als Geselle bei P. tätig gewesen ist, hat dieser in Zersetzung übergegangenes und mit Maden behaftetes Fleisch zu Mettwurst mit verarbeitet, ferner zur Zubereitung von Leberwurst „zweiter Sorte“ alte harte, wieder aus der Schale gelöste, sauer riechende und grün aussehende Leberwurst mit verwendet und endlich saures, grau aussehendes, ekelhaft riechendes gewiegtes Fleisch bei Herstellung sogen. „polnischer Wurst“ mit verbraucht, wobei er, um den ekelhaften Geruch und Geschmack zu unterdrücken, möglichst große Mengen Knoblauch der Wurst zusetzte. Bei der Herstellung dieser Wurstsorten hat K. dem P. Hilfe geleistet. Die Wurst ist in dem Laden P.'s feilgehalten und verkauft worden. Der Genuß von aus derartigem Fleische hergestellter Wurst ist nach der auf das Gutachten des Obermedizinalrates Dr. D. gestützten Überzeugung des Gerichts nicht nur geeignet, vorübergehende Störungen des körperlichen Wohlbefindens, wie Übelkeit, Erbrechen, Eingenommenheit des Kopfes und anderes hervorzubringen, sondern zufolge des in dem in Fäulnis übergegangenen Fleische enthaltenen Giftes geradezu geeignet, die normale menschliche Gesundheit zu beschädigen und zu zerstören. Das ist eine in den weitesten Laienkreisen bekannte Erfahrungstatsache. Deshalb hat auch das Gericht ohne Bedenken angenommen, daß den Angeklagten die gesundheitsschädliche Beschaffenheit jener von ihnen hergestellten Wurstsorten bekannt gewesen ist. P. wurde daher des Vergehens gegen § 12¹ N.-M.-G., K. der Beihilfe zu diesem Vergehen für schuldig befunden, und ersterer wurde zu 4 Monaten, letzterer zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

K. v. Buchka.

Hessen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Gießen vom 12. Febr. 1904 wider den Metzger H. W., dessen Ehefrau E. W., beide in Ech., und deren Gesellen R. in D. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. d. Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 493*.) — In 2 im September 1902 von der E. W. verkauften Stücken Fleischwurst stellte das chemische Untersuchungsamt in G. 0,64 und 0,77% Stärkemehl fest. H. W. gab an, daß das zur Wurst verwendete Fleisch etwas schmierig und angelaufen gewesen sei, auch gerochen habe und deshalb zu Fleischwurst verarbeitet worden sei. Wegen der wässerigen Beschaffenheit des Fleisches habe er der Wurst Mehl zugesetzt, damit sich die Masse binde und ein besseres Aussehen erhalte. Die E. W. gab zu, diese Beschaffenheit der Wurst gekannt und den Mehlzusatz verschwiegen zu haben. Nach dem Gutachten des Kreisarztes Dr. Wi. war die Fleischwurst durch den Stärkemehlzusatz verfälscht. Er folgerte weiter aus den Angaben H. W.'s, daß das Fleisch verdorben und daher geeignet gewesen ist, die menschliche Gesundheit zu beschädigen. Schmieriges, angelaufenes Fleisch sei verdorbenes Fleisch, dessen Genuß die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet sei. Diese Eigenschaft des Fleisches wohne in dem gleichen Maße der aus ihm hergestellten Wurst inne, sodaß auch diese Wurst gesundheitsschädlich gewesen sei. Wenn Fleisch „grünlich“ sei, so sei es auch verdorben. — Das Gericht schloß sich diesem Gutachten an. Dadurch, daß die Fleischwurst gekocht wurde, war, wie das Gericht annahm, die Verdorbenheit und die Gesundheitsschädlichkeit der Wurst vorübergehend unterdrückt, daher bei der wohl schon 2 Tage nach der Zubereitung der Wurst stattgehabten Untersuchung nicht unbedingt am Geruch oder im Geschmack wahrgenommen und deshalb in dieser Beziehung bei der Untersuchung nichts bemerkt worden. Es nahm weiter an, daß H. W. den verfälschten, verdorbenen und gesundheitsschädlichen Zustand der Ware als Metzger erkennen mußte, auch erkannt hat und trotzdem deren Verkauf im Sinne des § 10² N.-M.-G. gewollt und bewirkt hat. Bei der E. W. setzte das Gericht nicht die gleiche Erfahrung voraus, erachtete vielmehr gegen sie nicht den wissentlichen oder fahrlässigen Verkauf gesundheitsschädlicher, sondern nur den wissentlichen Verkauf verdorbener und verfälschter Wurst für erwiesen. Was R. anbelangt, so war nicht festzustellen, daß er gerade die der Anklage zugrunde liegende Wurst hergestellt hat. Demgemäß wurde H. W. wegen Vergehens gegen §§ 12¹, 10¹ und 2 N.-M.-G. zu 3 Tagen Gefängnis, die E. W. wegen eines solchen gegen § 10² a. a. O. zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, R. wurde dagegen von der Beihilfe zu diesem Vergehen freigesprochen.

K. v. Buchka.

Hessen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Mainz vom 9. Juli 1903 wider den Metzger M. zu W. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. d. Kaiserl. Ges.-Amtes

1905, 6, 494*.) — M. ist durch Urteil des Schöffengerichts zu Worms vom 18. März 1903 nach § 10 N.M.G. zu 5 M. Geldstrafe verurteilt worden. Gegen diese Entscheidung hat der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Das Berufungsgericht hat denselben Tatbestand festgestellt, welcher dem Schöffengericht zur Grundlage seiner Entscheidung gedient hat. Demnach hat M. cer Fleischwurst Kartoffelmehl zugesetzt, welcher Zusatz seitens des chemischen Untersuchungsamtes in W. auf 4% angegeben wird. Dieses Kartoffelmehl hat M. seinem Geständnisse gemäß zu dem Zwecke zugesetzt, um das Fleisch von 2 Schweinen, welches einen großen Prozentsatz Wasser enthielt, bindfähig und zur Wurstbereitung verwendbar zu machen. M. bestritt, in öfteren Fällen als in dem vorliegenden Kartoffelmehl zur Wurstbereitung verwendet zu haben. Da M. den Käufern der Wurst keine Kenntnis von dem Zusatz des Bindemittels gegeben hat, so hat er die Verfälschung der Wurst durch Zusatz von Kartoffelmehl zu dem Zwecke vorgenommen, das kaufende Publikum über die Art der Herstellung der Wurst und über deren Inhalt zu täuschen. Indem er ferner den Abnehmern der Wurst die Verfälschung derselben vorsätzlich verschwie, handelte er gegen § 10¹ und ² N.M.G. Da dem M. mildernde Umstände zuzubilligen waren, lag für das Berufungsgericht kein Grund vor, die vom Erstrichter erkannte gelinde Strafe abzuändern. Die Berufung des Amtsanwaltes wurde daher als unbegründet verworfen.

K. v. Buchka.

Hessen. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Mainz vom 5. Januar 1904 wider den Metzgermeister B. zu W. und 23 Gen. betr. Wurstfälschung (Veröffentl. des Kaiserl. Ges.-Amt. 1905, 6, 511*.) — Die Metzgermeister B., G., H., M., K., He., F., Gr., L., U., G. S., K. S., R., Sch., Kö., Hel., Ri., Si. und Gl., sämtlich zu W., sowie der Metzger Glä. zu Kl. räumten ein, von August 1902 an bis in den Februar 1903 einige Male bei Herstellung von Blutwurst und Schwartenmagen statt Schweineschwarten die Haut von Faselrindern verwendet und die so hergestellten Fabrikate ohne besondere Bekanntgabe ihrer Zusammensetzung verkauft zu haben, der Viehhändler D. und die Metzger Bu., Schl. und Ma. gaben zu, die Faselhäute ersteren zum Zwecke der Wurstbereitung geliefert zu haben. Die Angeklagten sind deshalb des Vergehens gegen § 10 N.-M.-G. bezw. der Beihilfe hierzu beschuldigt worden.

Die Beweisaufnahme hat zunächst ergeben, daß die von den Angeklagten verarbeiteten Häute nicht mit Krankheiten behaftet oder ekelregend gewesen sind, sondern sich in frischem, reinlichem Zustande befanden, daß sie in der Regel sogar noch an demselben Tage, an dem sie das Schlachthaus verließen, in die Hände der Metzger kamen. Es muß ferner als erwiesen angesehen werden, daß die Behandlung der Häute seitens der Angeklagten eine fachmännische, metzgermäßige war. Auszuschließen ist ferner der Verdacht, daß durch Verwendung der Faselhäute übermäßige Wassermengen dem Wurstgemenge zugeführt worden seien, und daß hierdurch eine Verfälschung der Wurst bewirkt worden sei. Nach dem Gutachten des Chemikers P. steht zwar fest, daß die Rinderhaut beim Brühen durch Aufsaugen von Wasser bedeutend an Volumen gewinnt, beim demnächstigen Kochen schrumpft jedoch die Haut bis auf die Hälfte des ursprünglichen Volumens zusammen, und es ist überdies dargetan, daß die Angeklagten die Haut in trockenem Zustande mittels der Maschine zerkleinert und alsdann die gallertartige Masse dem Wurstbrei zugesetzt haben. Nach der Aussage der Sachverständigen Fa. und Schi. ist es auch ganz ausgeschlossen, der Blutwurst und dem Schwartenmagen zum Zwecke der Verfälschung Wasser in irgendwelcher Verbindung oder Form beizumengen, da sich alsdann das Wurstfüßel nicht bindet, nicht verarbeiten und namentlich nicht schneiden läßt. Die zu entscheidende Frage spitzt sich also dahin zu, ob in der Verwendung der Rinderhaut als solcher an Stelle der zulässigen Schweineschwarte eine Verfälschung der Blutwurst und des Schwartenmagens zu erblicken ist. In dieser Richtung ist zu beachten, daß die Sachverständigen Dr. May. und Dr. die Haut von Rindern, vorausgesetzt daß sie von gesunden Tieren stammt und gut gereinigt ist, im Prinzip als Nahrungsmittel des Menschen gelten lassen, wenn sie auch mit Rücksicht darauf, daß nicht die ganze Haut der amtlichen Fleischschau unterworfen ist, von ihrem Standpunkte aus mit vollem Rechte vor Verwendung der Rinderhaut zur Wurstbereitung warnen. Von Bedeutung ist ferner, daß die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz vom 3. Juni 1900, die allerdings erst nach Begehung der den Angeklagten zur Last gelegten Handlungen in Kraft getreten sind, die Haut am Kopfe und an den Unterfüßen des Rindviehs als „Fleisch“ ansehen, und wie die beispielsweise Aufzählung der Teile von Tieren und das an die Spitze gestellte Wort „insbesondere“ beweisen, den Begriff nicht erschöpfend definieren und die nicht ausdrücklich erwähnten Bestandteile des Tieres nicht schlechthin ausschließen wollten. Es kann auch nicht gesagt werden, daß die Faselhaut im Vergleich zur Schweineschwarte minderwertig ist, im Gegenteil, ihr Preis stellt sich um wenigstens ein Drittel höher. Endlich konnte nicht festgestellt werden, daß die Faselhaut im Geschmack, Aussehen, Nährwert und Verdaulichkeit der Schweineschwarte nachsteht.

Wenn das erkennende Gericht gleichwohl in der Verwendung der Faselhaut zur Wurstfabrikation objektiv eine Verfälschung erblickt, so geschieht dies, weil diese Verwendung den berechtigten Erwartungen der W.-er Konsumenten zuwiderläuft, ein Umstand, dem nach der

feststehenden Rechtsprechung des Reichsgerichts bei Beurteilung der Frage, ob eine Nahrungsmittelfälschung vorliegt, Rechnung getragen werden muß. Dem W.'er Publikum war, wie angenommen werden muß, bis zur Einleitung dieser Prozedur die Beschaffenheit von Faselhaut als Nahrungsmittel fremd, die Konsumenten lebten in dem Glauben, daß die bei dem Schweinemetzger gekauften Waren ausschließlich von Bestandteilen des Schweines herrührten, und daß Rinderhaut wohl zur Herstellung von Lederwerk, nicht aber zur Wurstfabrikation tauglich sei. Muß sonach im Hinblick auf die örtlichen Anschauungen der W.'er Bevölkerung die Verwendung von Rinderhaut bei der Wurstbereitung als anormal bezeichnet werden, so konnte das Gericht doch aus subjektiven Gründen nicht zu einer Verurteilung kommen. Die Angeklagten berufen sich sämtlich darauf, daß in anderen großen Städten Süddeutschlands erstklassige Metzgereien mit Duldung der Behörden dasselbe tun, was sie getan haben, sie erklären weiter, daß das Metzgergewerbe allgemein ihre Handlungsweise als erlaubt und gesetzlich zulässig ansehe, sie wenden ferner ein, daß zu der in Betracht kommenden Zeit Schweineschwarten gar nicht oder nur schwer erhältlich gewesen seien, und daß sie daher nur vorübergehend und aushilfsweise ohne jede Bereicherungsabsicht die für sie kostspieligeren Faselhautteile verwendet hätten in der selbstverständlichen Unterstellung, daß die Konsumenten an einem in allen seinen Bestandteilen und Wirkungen völlig gleichwertigen, im Preise noch höher stehenden Ersatzmittel für Schweineschwarte keinen Anstoß nehmen würden. Alle diese Schutzvorbringen der Angeklagten werden durch die Eweisaufnahme, namentlich durch die Aussagen der Sachverständigen Fa. und Schi. unterstützt und bestätigt, und es muß daher angenommen werden, daß die Angeklagten im besten Glauben an die Zulässigkeit ihres Vorgehens gehandelt haben, und daß sie sich in einem entschuldbaren Irrtum über die Verkehrsanschauung der W.'er Konsumenten befunden haben. Das Vorhandensein einer Täuschungsabsicht bei den Angeklagten wird, abgesehen von der Tatsache des höheren Einkaufspreises der Faselhäute, schon durch die Erwägung ausgeschlossen, daß sich die Vorbereitungen zur Wurstfabrikation, das Brühen, Zerschneiden und Verteilen der Faselhäute an die Metzger, im öffentlichen Schlachthause unter den Augen der Behörden vollzogen, und daß auch den Metzgergesellen und dem sonstigen Personal der Angeklagten gegenüber aus der Verwendung von Faselhautteilen in keiner Weise ein Hehl gemacht wurde. Die angeklagten Wurstfabrikanten wurden deshalb nicht eines Vergehens gegen § 10¹ u. ² N.-M.-G. für schuldig befunden und ebenso wie die als Gehilfen angeklagten Lieferanten der Faselhäute freigesprochen.

K. v. Buchka.

Reuß j. L. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Gera vom 14. Dezbr. 1903 wider den Fleischermeister M. in G. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. d. Kaiserl. Ges.-Amtes 1905, 6, 494*.) — M. war durch Urteil des Schöffengerichts zu Gera wegen Übertretung des § 367⁷ des St.G.B. verurteilt worden. Gegen dieses Urteil legte der Amtsanwalt Berufung ein.

M. setzte seiner Leberwurst etwas Milch und Semmel bei und gab diesen Zusatz seiner Ladenkundschaft durch Anschlag bekannt. Anfang April 1903 bestellte der Produkthändler R. in D. auf Grund ihm zugesandter Proben dieser Wurst, aus welchen aber der Semmelzusatz nicht zu ersehen war, bei M. 16½ kg Leberwurst zum Preise von 1.16 M. das Pfund. In der dem R. gelieferten Wurst wurde nach dem Gutachten Dr. Mo.'s der verhältnismäßig hohe Stärkegehalt von 1,72% festgestellt, welcher nach Angabe des M. auf den Semmelzusatz zurückzuführen war.

Das Berufungsgericht erachtete die Leberwurst für verfälscht. Semmel bildet keineswegs einen normalen Bestandteil der Wurst, und ihre Beimischung bewirkt, zumal wenn sie einen Stärkegehalt von 1,72% zur Folge hat, eine substanzielle Verschlechterung der Ware; denn als Nahrungsmittel hat Semmel einen geringeren Wert als die Stoffe des tierischen Körpers, aus welchen nach den in G. maßgebenden, berechtigten Erwartungen der Käufer, abgesehen von der Gewürzbeimischung, die Wurst lediglich zu bestehen hat. M. war sich bei dem Verkaufe an R. bewußt, daß seine Ware die tatsächlichen Eigenschaften hatte, welche eine Verfälschung der Wurst bedeuten; er war sich auch bewußt, als er den Semmelzusatz verschwieg, daß diese Eigenschaft eine wesentliche war und von den normalen Eigenschaften der Leberwurst so erheblich abwich, daß die verkaufte Ware als geringwertiger anzusehen war. Er wurde deshalb unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils wegen Vergehens gegen § 10² N.-M.-G. zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

K. v. Buchka.

Reuß j. L. Rechtsprechung. Urteil des Landgerichts Gera vom 23. Juni 1904 wider den Gastwirt D. zu W. und den Hausschlachter G. zu H. betr. Wurstfälschung. (Veröffentl. d. Kaiserl. Gesundh.-Amtes 1905, 6, 495*.) — Das Schöffengericht zu Gera hat die Angeklagten von dem Vergehen gegen § 10 N.-M.-G. freigesprochen. Gegen dieses Urteil hat der Amtsanwalt Berufung eingelegt.

D. hat im November 1903 durch G. ein Schwein schlachten und bei Zubereitung der Leberwurst Semmeln mit verwenden lassen. Infolgedessen hatte die Leberwurst 1,27% Mehlgelalt. D. hat die Wurst als hausschlachtene das Pfund zu 0,70 M. unter Verschweigung

des Mehlsatzes verkauft. Das Berufungsgericht nahm mit den Angeklagten als erwiesen an, daß hausschlachtene Wurst im Gegensatz zu Fleischerwurst nach den Regeln dessen, der sie für sich und seinen meist beschränkten Konsumentenkreis hat zubereiten lassen, hergestellt ist, und daß solche Wurst bekanntermaßen auch andere Bestandteile als Fleisch haben kann, insbesondere regelmäßig einen Semmelzusatz hat. Trotzdem wird diese Wurst gern gekauft, weil sie im Gegensatz zu Fleischerwurst nur aus frisch geschlachtetem „Schweine-“ Fleisch hergestellt und meist etwas billiger ist. Die Berufung wurde daher verworfen. (§ 10 N.-M.-G.)

Berichte über die Tätigkeit von Untersuchungsämtern etc.

Bericht über die Tätigkeit der städtischen Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel zu Nürnberg im Jahre 1904. Erstattet von dem Vorstände der Anstalt Oberinspektor H. Schlegel. — Die Zahl der untersuchten Proben betrug 8810, die der schriftlichen Äußerungen ohne vorausgegangene Untersuchung 427, insgesamt also 9237 Einläufe. Es wurden u. a. untersucht: 11 Fleisch, 4 Wurst, 6126 Milch, 118 Käse, 1287 Speisefette und Öle, 44 Mehl, Brot und Teigwaren, 132 Gewürze, 13 Essig, 10 Zuckerwaren, 21 Fruchtsäfte, 11 Gemüse und Fruchtdauerwaren, 4 Honig, 9 Spirituosen, 180 Wasser, 84 Mineralwasser, 90 Bier, 104 Wein, 7 Kakaopräparate, 441 Gebrauchsgegenstände, 2 Konservierungsmittel, 54 technische Gegenstände, 7 Abwasser u. s. w. — Wurst: Eine Streichwurst war mit Paprika gelbrot gefärbt. — Milch: Grund der Beanstandung war in 37 Fällen Wasserzusatz, in 9 Fällen Rahmentzug, in 1 Fall kombinierte Fälschung und 1-mal widerlicher Geschmack. Eine Abnahme der Milchfälschungen ist nicht zu verzeichnen. — Butter: Von 150 Proben Butterschmalz enthielten 13 Margarine, 5 Kokosfett und 2 Schweinefett. — Fruchtsäfte: 7 Proben Citronensaft enthielten Salicylsäure und 2 bis 13,3% Alkohol. — Wein: 2 Weißweine enthielten Zink, und zwar im Liter 0,01 g Zinkoxyd, wahrscheinlich durch Benutzung zinkhaltiger Abfüllschläuche. — Auf die zahlreichen Einzelheiten des Berichtes, insbesondere z. B. auf die tabellarisch angeführten Untersuchungsergebnisse von Milch, Bier u. s. w. sei hingewiesen.

C. Mai.

Bericht des hygienischen Kantonslaboratoriums in Lugano 1904. Von Dr. E. Vinassa. — Im Berichtsjahre wurden 997 Gegenstände untersucht, von denen 418 zu beanstandeten waren, und zwar u. a. 145 Wasser chemisch (96 beanstandet), 124 Wasser bakteriologisch (76), 71 Mineralwasser (14), 5 technische Gegenstände (2), 19 Butter (2), 4 Mehl, 265 Milch (93), 2 Honig (1), 7 Öle (1), 5 Brot, 4 Wurst (2), 78 Wein und Spirituosen (20), 141 Bierdruckapparate (61) u. s. w. — Butter: Eine Probe enthielt Borsäure. — Öle: Verschiedene Olivenölproben waren mit Baumwollsaamenöl verfälscht.

C. Mai.

Versammlungen, Tagesneuigkeiten etc.

Deutscher Verein für öffentliche Gesundheitspflege. Nach einer Mitteilung des ständigen Sekretärs, Dr. Pröbsting in Köln a. Rh., wird die diesjährige Jahresversammlung des Vereins in den Tagen vom 13.—16. September in Mannheim stattfinden, kurz vor der am 24. September beginnenden Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte in Meran. Folgende Verhandlungsgegenstände sind in Aussicht genommen: 1. Typhusbekämpfung; 2. Die Bedeutung öffentlicher Spiel- und Sportplätze für die Volksgesundheit; 3. Müllbeseitigung und Müllverwertung; 4. Schwimmbäder und Brausebäder; 5. Selbstverwaltung und Hygiene.

Regensburg. Die gemeindliche Anstalt zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln für den Stadtbezirk Regensburg ist vom Kgl. Staatsministerium des Innern mit Wirksamkeit vom 1. Juni 1905 an als öffentliche Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel in widerruflicher Weise anerkannt worden. Sie führt die Bezeichnung „Städtische Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel in Regensburg“. Vorsteher ist der Nahrungsmittelchemiker Dr. phil. F. Wiedmann.

C. Mai.

Schluß der Redaktion am 10. Juni 1905.